

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2.25 Pf. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im Voraus zahlbar. Postbezug 3.97 Pf., einschließlich 50 Pf. für Zustellung und 72 Pf. Postbefreiung. Auslandsendungen 4.65 Pf. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Zensurenposten 4.65 Pf.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich fünfmal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Welt“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Donnerstag
11. Februar 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Millimetergröße 20 Pf. Heftungsgröße 2-11 „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf. (zweifach) zwei festgedruckte Worte jedes weitere Wort 10 Pf. Rabat lt. Tarif. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt-Millimetergröße 20 Pf. Familienanzeigen Millimetergröße 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3 wöchentlich von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht geeigneter Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Anspr. Löbnitzstr. 71 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3 D. S. u. D. G. - Ges., Depotk. Jernalemer Str. 65-66

Erst Putsch — dann Sabotage.

Deutschland bekämpft die Verschleppung.

Genf, 10. Februar.

Die Antwort der litauischen Regierung in der Memel-Frage wird den deutschen Vertreter im Völkerbundsrat veranlassen, darauf zu bestehen, daß noch in dieser Woche der Völkerbundsrat zusammentritt, um zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Solche Schritte sind bereits eingeleitet. Es kommt nach deutscher Auffassung selbstverständlich nicht in Frage, daß der Völkerbundsrat mit der Behandlung bis zu dem von dem litauischen Außenminister genannten Termin, dem 23. Februar, wartet.

Staatssekretär v. Bülow hat bei dem Vorsitzenden des Völkerbundsrates unter Hinweis auf die gespannte Lage in Memel entschiedene Vorstellungen für sofortige Behandlung des Bruches der Memel-Konvention durch den Rat erhoben. Der Ratsvorsitzende erklärte, daß alle Schritte unternommen würden, damit die Beratung noch in dieser Woche vor sich gehe.

Staatssekretär von Bülow besprach am Mittwochmorgen mit Generalsekretär Drummond die weitere Behandlung, ebenso der japanische Untergeneralsekretär Sugimura als Leiter der Politischen Abteilung mit dem deutschen Ministerialdirektor Meyer. Das Völkerbundsekretariat hat sich am Mittwoch von neuem telefonisch und telegraphisch mit der litauischen Regierung in Verbindung gesetzt, um festzustellen, ob und wann der Außen-

minister Jaunius in Genf eintrifft. Deutschland hat nach der herausfordernden litauischen Note von neuem sofortigen Zusammentritt des Rates gefordert. Die Festsetzung dieser Sitzung hängt davon ab, ob Jaunius bis Freitag früh in Genf eintrifft. Sollte die litauische Regierung an ihrer Sabotage festhalten, so wird Deutschland bereits für Donnerstag oder Freitag eine Sitzung des Völkerbundsrates ohne litauischen Vertreter fordern.

Das letzte Direktorium? Mitglied gewaltsam abgesetzt

Landesdirektor Szigaud, das einzige Mitglied des Memeler Direktoriums, das noch im Amte war, ist am Dienstag nun ebenfalls von dem „Landesdirektor“ Toltschus gewaltsam seines Amtes enthoben worden. Toltschus erschien im Zimmer Szigauds und forderte ihn in barschem Ton auf, ihm die sämtlichen Amtsschlüssel zu übergeben, worauf Szigaud ihm erwiderte, das könne er nicht, da er sich noch im Amt befinde. Toltschus verließ darauf das Amtszimmer, holte sich drei bewaffnete Polizeibeamte, die im Vorzimmer postiert wurden, und gab nunmehr Szigaud den Befehl, das Zimmer zu räumen. Szigaud mußte nunmehr der Gewalt weichen. Er gab eine schriftliche Erklärung ab, in der er betonte, daß er wiederholt seine Bereitwilligkeit erklärt habe, die Amtsgeschäfte als Landesdirektor weiter zu führen. Hierzu brauche er aber keinen Auftrag von Toltschus. Er werde jedoch an der Ausübung seines Amtes gehindert. Für die Zeit seiner Behinderung begibt sich Szigaud nach Trakeningen.

Hindenburg und der Stahlhelm

Vor der Entscheidung über die Präsidentschaftskandidatur.

Nach der Rückkehr des Reichskanzlers, die gestern erfolgt ist, soll die Frage der Präsidentschaftskandidatur Hindenburgs rasch geklärt werden. Gestern waren die beiden Bundesführer des Stahlhelms und der Vorsitzende des Ruffhändlerbundes, General von Horn, bei Hindenburg. Die Pressestelle des Stahlhelms teilte nach dieser Unterredung mit:

Von einem Teil der Presse sind in den letzten Tagen zahlreiche Meldungen über Entschlüsse des Stahlhelmsführers zur Reichspräsidentenwahl verbreitet worden. Alle diese Meldungen sind aus der Luft gegriffen. Die Bundesführer des Stahlhelms haben zur Frage der Reichspräsidentenwahl noch keine Entschlüsse gefaßt und werden sich auch durch Zweckmedien weder die Zeit noch den Inhalt ihrer Entschlüsse vorzeichnen lassen.

Der Ruffhändlerbund dagegen wird sich voraussichtlich noch in dieser Woche für die Kandidatur Hindenburg erklären.

Brüning wieder in Berlin.

Vor dem Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses

Der Reichskanzler ist am Mittwochmorgen aus Genf in Berlin angekommen. Er hat sofort nach seiner Rückkehr die politischen Verhandlungen wieder aufgenommen.

In den nächsten Tagen wird der Auswärtige Ausschuss des Reichstags gegen den Willen seines Vorsitzenden Fried zusammengetreten, um zu dem Konflikt im Fernen Osten Stellung zu nehmen.

Ausgleich Preußen-Reich.

Erfolgreiche Verhandlungen.

Die Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzminister und dem preussischen Finanzminister über den Ausgleich des preussischen Staatshaushalts sind nunmehr abgeschlossen worden. Preußen erhält vom Reich einen Beitrag von 100 Millionen Mark, für die das Reich u. a. die preussische Siedlungsbank erwirbt. Die gegenseitigen Verpflichtungen aus diesen Verhandlungen zwischen Reich und Preußen sind am Dienstag formuliert worden. Der Reichskanzler dürfte diesen Formulierungen, die bereits die Zustimmung des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers gefunden haben, seine Zustimmung geben.

Die Nazi-Tscheke gegen Schäfer.

Systematische Angriffe. - Polig-i verhaftet - Reichsbanner

Darmstadt, 10. Februar. (Eigenbericht.)

In den letzten Tagen hat Dr. Schäfer bereits mit Angriffen auf sein Leben gerechnet. Das geht aus einem Brief hervor, den er am 8. Februar aus Zwickau an Bekannte in Darmstadt richtete. Es heißt darin:

„Der Haß gegen mich nimmt ganz üble Formen an. Hoffentlich muß meine Familie nicht schweres Leid, wenn mir eines Tages etwas zustoßt. In Delonitz im Vogelland hatte man einen Angriff auf mich vor, den das Reichsbanner abwehrte, deshalb ist der Reichsbannerführer verhaftet worden.“

Deutsches Interesse in China.

Die Bedeutung der Wu-ung-Hochschule.

Der deutsche Generalkonsul in Schanghai hat sowohl den japanischen wie den chinesischen Oberbefehlshaber gebeten, auf mögliche Schonung und auf den Schutz der deutschen Lehrer und des deutschen Privateigentums in der Hochschule zu Wusung Bedacht zu nehmen. Die Professoren Wagner und Ströbel von dieser Hochschule sollen mit dem japanischen Befehlshaber verhandeln, damit das Bombardement unterbrochen werde, um die Bergung der wertvollen Instrumente, Bücher usw. zu ermöglichen.

In dieser Hochschule, die chinesisches Staatseigentum ist, aber von Deutschen geleitet wird, haben jährlich 700 chinesische Studenten ihre Ausbildung in der Heilkunde bzw. in technischen Wissenschaften erfahren. Besonders die Ingenieure, die aus dieser Hochschule hervorgegangen sind, waren eine Stütze des deutschen Exports nach China. Die Vernichtung dieser Lehr- und Forschungsstätte würde die deutschen Wirtschaftsinteressen im Fernen Osten schwer schädigen.

Eine bezeichnende Instruktion.

Die Kommandanten der japanischen Streitkräfte in Schanghai sind angewiesen worden, zu den Truppen fremder Mächte freundschaftlichste Beziehungen aufrecht zu erhalten. Weiter wurde den japanischen Oberbefehlshabern empfohlen, gegenüber allen Zivilpersonen, sowohl Chinesen als auch Ausländern, insbesondere gegenüber Frauen und Kindern, äußerste Rücksicht walten zu lassen.

Minister-Solidarität.

Erklärung Snowdens im Oberhaus.

London, 10. Februar. (Eigenbericht.)

Im Oberhaus brachte Lord Snowden die Argumente der mit der Zollpolitik der Regierung nicht einverstanden Minister zum Ausdruck. Er verteidigte das neuartige staatsrechtliche Verfahren, das die Einheit des Kabinetts nicht mehr für nötig hält und trat für volle Redefreiheit aller Minister ein. Nur unter dieser Bedingung seien er und die liberalen Minister auf den Wunsch ihrer Kollegen im Kabinett geblieben. Ueber alle anderen Fragen, wie Indien, die Zollpolitik, das Reparationsproblem, sei sich die Regierung völlig einig.

Lohnabbau — Preisabbau.

Gegen die Einkürzung.

Von Anton Erkelenz.

Der Reichskommissar für die Preisüberwachung ist ein rühriger Mann, und er versteht es gut, das Instrument der Kellame in Presse und Rundfunk zu handhaben. Alle seine Rührigkeit und Geschicklichkeit werden aber nicht genügen, dem Volk klar zu machen, daß Einkommensabbau und Preisabbau mindestens gleichmäßig vor sich gegangen seien. Dem sicheren und unverfälschten Abbau der Einkommen, besonders der Löhne und Gehälter, von etwa 25 Proz. seit Mitte 1930, von etwa 15 Proz. seit der Vierten Notverordnung, steht ein Preisabbau von 6-7 Proz. seit Anfang Dezember, ein solcher von rund 20 Proz. seit 1929 gegenüber. Durch diese Ziffern darf man sich aber nicht täuschen lassen. Es handelt sich um die berühmten Durchschnittsziffern, die praktisch nicht vorkommen, in denen Wichtiges und Unwichtiges miteinander vermischt ist.

Seit 1929 hat ein Preisabbau von 20 Proz. stattgefunden. Gut. Nehmen wir diese Ziffer so, wie sie da steht. Frage: Um wieviel sind seit 1929 die Steuern und Sozialbeiträge erhöht worden, die ja nach der Statistik nicht als Lebenshaltungskosten rechnen? Um wieviel höher ist die Belastung durch indirekte Steuern und Zölle, durch Krisensteuer, Bürgersteuer? Wenn die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sind in dieser Zeit verdoppelt worden. Wenn wir einen Steuerinder hätten, würde sich zeigen, daß Steuern und Abgaben heute sehr viel mehr zugenommen, als die Lebenshaltungskosten seit 1929 abgenommen haben. Selbst der vollbeschäftigte Arbeiter oder Beamte hat einen beträchtlichen Abstieg in seiner Lebenshaltung zu buchen, nicht zu reden vom Kurzarbeiter, vom Arbeitslosen. Das wäre nicht so tragisch, wenn es möglich wäre, eine Notzeit auf diesem Wege gemeinsam zu überstehen und jedem seinen Anteil an dieser Not zu geben. Aber Einkürzung des Verbrauchs aller bedeutet Einkürzung der Abnahmefähigkeit und damit auch der Produktion für alle, bedeutet gesteigerte Arbeitslosigkeit, Erhöhung der öffentlichen Ausgaben, Einkürzung der öffentlichen Einnahmen; nicht nur Stilllegung, sondern auch Entwertung zahlreicher Betriebe auf den Schrottwert, Kapitalvernichtung...

War das der Sinn der Abbau-Notverordnungen? Gewiß nicht. Was geschehen sollte, hat der Reichskanzler in seinem Brief an Otto Wels richtig gesagt: es sollte eine allgemeine Herabsetzung der Preise und Löhne stattfinden, bei der aber die Kaufkraft unverändert bleiben werde. Manche werden der Meinung sein, daß eine solche Aufgabe von vornherein faßbar gestellt war. Viele glauben, daß die Regierung und ihre Berater sich nicht genügend klar gemacht haben einerseits, daß die Aufgabe unlösbar war, andererseits daß der Versuch ihrer Lösung Tiefenkräfte in Bewegung setzen mußte, deren Auswirkung vielleicht schlimmer sein wird, als die vorher vorhandenen Uebel. Das alles steht aber jetzt nicht mehr zur Entscheidung. Die Abbau-Notverordnungen und besonders die „Vierte Symphonie“ haben mit einem nicht wegzulöschenden Schnitt eine Herabsetzung, eine Abwertung aller Löhne und Preise angebahnt. Wenn die sozialdemokratische Presse, die Partei, alle Gewerkschaften nun darauf verweisen, daß Lohn- und Gehaltsabbau per Klasse, ausreichende Preisentwertung aber größtenteils auf ferne Termine angebahnt sind, dann tun wir das zwar zunächst, um die Sicherung der Kaufkraft des Arbeitnehmers zu verlangen. Im Hintergrund aber steht eine viel größere und schwierigere Aufgabe: wenn die Preisentwertung der Einkommensentwertung nicht mindestens gleichkommt, dann hat die Vierte Notverordnung nur denselben Mißerfolg wie ihre drei Vorgänger: sie verschlimmert die Wirtschaftskrise, lockert die Fundamente des Staates und der Gesellschaft weiter. Solange die Preisentwertung die Einkommensentwertung nicht übersteigt, gibt es keinen neuen Aufschwung der Wirtschaft. Jede neue Konjunktur, jede kleine Besserung der Wirtschaftslage hat zur Voraussetzung, daß mehr Kaufkraft verausgabt wird als bisher. Da an eine neue Investitionskonjunktur noch nicht zu denken ist, da Auslandsanleihen nicht in Aussicht stehen, da künstliche Kaufkraftschöpfung abzulehnen ist, kann neue Kaufkraft nur so entstehen, daß die Preise mehr sinken als die Einkommen.

Die Möglichkeit zu erheblichen Preisentwertungen ist längst gegeben, soweit die Produktion in vollbeschäftigten, modernen Betrieben vor sich geht. Die eine Voraussetzung wurde durch die Rationalisierung geschaffen. Auf den Ertrag dieser Rationalisierung warten wir bisher vergebens. Es hat in Deutsch-

land seit 1924 nie und nirgend eine Lohnüberhöhung gegeben im Verhältnis zu 1913, ausgenommen bei den höchstbezahlten Angestellten der Wirtschaft, den Direktoren und Generaldirektoren. Nach der Rationalisierung ist der Lohnanteil am Produkt geringer als vorher. Formell leben wir noch in einer kapitalistischen Wirtschaft. Wenn, nach den Befehlen dieser Wirtschaft, gut geleitete, modern eingerichtete Betriebe eine Preisstellung machen auf Grund ihrer eigenen Produktionskosten, wenn sie im Wettbewerb sich so Aufträge einholen, können sie erheblich billiger verkaufen und dabei vollbeschäftigte Betriebe haben, mit angemessenem Gewinn. Das verhindert immer noch eine näherzustehende Kartellwirtschaft, die den schlechtesten arbeitenden Betrieb rentabel halten will. Immer noch haben wir einen weitübersehten Handel. Nach den Angaben Dessauers gingen von 100 M. Kaufkraft im Jahre 1913 in die Produktion 70 M., in die Verteilung 30 M. Im Jahre 1930 gingen in die Produktion nur noch 57 M., in die Verteilung 43 M. Selbst zwischen 1929 und 1931 ist die Handelspanne um 25 Punkte weiter gewachsen gegenüber 1913. — Auch die gewaltige Senkung der Preise ausländischer Rohstoffe hat sich im Fertigerzeugnis noch nicht voll ausgewirkt.

So gab es seit Jahren mancherlei Möglichkeiten zur Preisentlastung ohne Senkung des Realeinkommens für Arbeiter, Angestellte und Beamte. Wenn es der Reichsregierung gelungen wäre, diese Preisentlastungen in Gang zu bringen, hätte nachträglich der Lohn, das Gehalt gesenkt, das heißt der gesteigerten Realkaufkraft angepaßt werden können. Das ist der gesunde Weg, um von einem zu hohen Preisniveau aus herabzusteigen. Wobei die Frage, ob und inwieweit das deutsche Preisniveau an den Bühnen gemessen, wirklich zu hoch war, gar nicht berührt werden soll. Wir gingen den umgekehrten Weg: kürzten Löhne und Gehälter zuerst, paßten die Preise dem gesunkenen Spiegel nur teilweise an. Arbeiter, Angestellte und Beamte mußten vorleisten, warten aber bis heute auf die Gegenleistung. So wurde der Einkürpungsprozess der Wirtschaft erheblich verstärkt, die Arbeitslosigkeit vergrößert, die Betriebs- und Kapitalvernichtung unnötig ausgedehnt. Indem wir uns dagegen wehren, kämpfen wir letztlich für den endlichen Aufstieg der deutschen Wirtschaft. Wir vertreten das Volksinteresse gegen das scheinbare Klasseninteresse der Besitzenden.

Billige Preise sind an sich kein Ideal, sonst wären China und Indien die reichsten und höchststehenden Länder der Erde. Das Wort: „Ein armes Land muß billig sein“ ist eine der höchsten Phrasen unserer nicht phrasenarmen Zeit. Billig ist ein Land, wenn die Einkommen der Bürger und die Preise in einem gesunden Verhältnis stehen, wenn in gut eingerichteten Betrieben in rationaler Weise ohne Verschleuderung, aber mit Gewinn für den Betrieb, produziert, wenn die Waren nicht durch mißverständliche Kartellpolitik verteuert, nicht mit Subventionen belastet sind; kurzum, wenn der Verbraucher im Preise nicht zehntausende Existenzen mitemehren muß, die aus eigener Kraft nicht lebensfähig sind. In dieser Hinsicht ist in Deutschland noch viel zu verbilligen. Diese Arbeit hat erst schwach begonnen. In der Landwirtschaft, in der Schwerindustrie, in der Zuckerfabrikation und manchen anderen gibt es darin noch fast unbegrenzte Möglichkeiten. Wenn nicht einige Hindernisse täuschen, begibt sich auch die chemische Industrie immer mehr in das Lager derjenigen, die Subventionen von oben auf Kosten der Armen stets gern annehmen.

Wie sollen aber angemessene Preise entstehen, wenn jedes Gewerbe sich von Staats wegen seine Gewinne aufzwingen und sichern läßt?

SEIN Herrscherbild.

Da bleibt kein Die trocken.

So schreibt „Der Angriff“:

Wohlich erstarren die Glieder zu Erz.

Der Führer kommt!

Ernst betritt er die Tribüne. Doch in stolzer Freude klammern seine staubblauen Augen auf, als er den Blick über die starrenden Mauern seiner Kämpfer gleiten läßt.

Der Präsentiermarsch schmettert durch die Riesenhalle und der Führer beginnt, die Front abzuschreiten.

Direkt neben dem Führer sitzen auf ihrer Ehrentribüne die Vermundeten der SA. Jedem reicht Adolf Hitler die Hand, und unter der erschütternden Gewalt seines mächtigen Auges schließt den tapferen Jungens das Wasser in die Augen. Sie werden diesen Tag nie vergessen.

So schreibt im „Angriff“ die Journalistin von Neu-Byzanz.

Eine bemerkenswerte Variante.

Die Bluthede der Nazipresse.

Die Presse der Nationalsozialisten hat bisher systematisch Bluthede getrieben gegen „die rote Nordfront“, wobei sie Kommunisten, Sozialdemokraten und Reichsbanner unterschiedslos und gefühllos zusammenwirft.

In der letzten Nummer des „Wöchentlichen Beobachter“ lesen wir groß an der Spitze des Blattes: „Hitlerjunge G. P. und SA-Mann H. K. sind verbrecherischen Anschlüssen der schwarz-roten Nordfront zum Opfer gefallen.“

Schwarz-rote Nordfront — das ist eine neue, sehr bemerkenswerte Variante der nationalsozialistischen Bluthede!

Der Schmutz von rechts.

Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Bohse wurde in Harburg wegen Beleidigung des preußischen Ministerpräsidenten Braun und des Ministers Severing zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Senat der Universität Halle hat den verantwortlichen Schriftführer der „Halleischen Universitätszeitung“, stud. rer. nat. Günther Stöbe, von der Universität verwiesen. Die Verweisung wird damit begründet, daß Stöbe die Sittlichkeit und Ordnung des akademischen Lebens gestört hat, indem er fortgesetzt Veröffentlichungen brachte, die geeignet und bestimmt gewesen sind, den Theologieprofessor Dehn verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzusetzen.

Nur nicht sozial!

Deutschnationale persönliche Heke im Wohnungsausschuß.

Im Wohnungsausschuß des Reichstags kam es am Mittwoch bei Fortsetzung der zweiten Lesung des Reichsstädtebaugesetzes zu scharfen Auseinandersetzungen. Von den Deutschnationalen wurde eine formulierte Erklärung abgegeben, die sich gegen den christlich-sozialen Abgeordneten Mumm wandte, der systematisch alle „marxistischen Anträge“ unterstützte.

Abg. Lipinski (Soz.) protestierte gegen die Protokollierung einer solchen formulierten Erklärung, die einen Vorwurf gegen ein einzelnes Mitglied des Ausschusses enthalte. Es sei klar zu durchschauen, daß diese ganze Attitüde nur aus parteipolitischen Motiven geritten werde, wenn man nicht da sagen wolle, aus erpresserischen Motiven. Man könne es eben nicht ertragen, daß die Linke in diesem Ausschuß infolge der sozialen Anschauungen des Abg. Mumm die Mehrheit habe. Mit sozialistischem Gedankengut habe der Gesetzentwurf nichts zu tun. Sozial sei allerdings, da er das Interesse der Allgemeinheit über das Einzelinteresse stelle. Als sozialistisch könne der Entwurf schon deshalb nicht bezeichnet werden, weil die Beschlagnahme von Gütern, die er vorsehe, nicht zu dem Zwecke beabsichtigt sei, auf diesen Gütern sozialistische Produktions-

weisen einzuführen. Der Redner verwahrte sich dagegen, daß eine so gehässige Erklärung, wie sie die Deutschnationalen gegen ein einzelnes Ausschußmitglied abgegeben hätten, zu Protokoll entgegengenommen werde.

Im Gegensatz hierzu schloß sich Abg. Lucke (Wirtschp.) den Erklärungen der Deutschnationalen vollinhaltlich an.

Abg. D. Mumm (Christlichsozial) erklärte, er sei allerdings, wie er es seit 34 Jahren getan habe, alle Zeit für den Schutz der wirtschaftlich Schwachen eingetreten. Er sei jedoch Gegner des Marxismus und bleibe es gegen das Wohnungselement müsse er aber angehen, soweit er es vermöge. Verantwortung schulde er nicht anderen Parteien, sondern nur seinem Gewissen.

Trotz des Widerspruchs der Deutschnationalen beschloß dann der Ausschuß auf Vorschlag des Vorsitzenden, die Erklärung der Deutschnationalen nicht zu Protokoll zu nehmen, sondern durch Uebertragung zur Tagesordnung zu erledigen. Dieser Beschluß kam mit 13 gegen die 4 Stimmen der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei bei Enthaltung der Stimme der Abgeordneten D. Mumm (Christlichsozial) und Winnefeld (D.Vp.) zustande.

Ergänzung zur Grandi-Rede.

Zu Ehren der Abrüstungskonferenz.

Die tschechische Zeitung „Narodny Listy“ ist zwar ein chauvinistisches, aber doch ein ernstes Blatt, das sich der Richtigkeit einer Meinung vergewissern wird, ehe sie veröffentlicht wird. Diese Prager Zeitung hat nun an der Spitze einen Bericht seines Budapest Korrespondenten veröffentlicht, wonach am Montag voriger Woche aus Italien nach Ungarn 26 Tanks befördert

wurden. Der Zug wurde während der Fahrt durch Oesterreich von Heimwehrangehörigen beschützt.

Nach Budapest wurden 16 Tanks gebracht, die übrigen wurden in die verschiedenen ungarischen Städte verteilt. Weitere Sendungen von Tanks stehen angeblich bevor.

In Ungarn wird behauptet, daß all dies zum Schutze gegen — Kommunisten bestimmt ist. Aus diesem Grunde veranstaltet die Budapest Polizei immer wieder Ueberfälle und Verhaftungen von Kommunisten und deckt angeblich kommunistische Verschwörungen auf, die sich aber immer wieder als Bluff herausstellen.

Man will eben Vorwände schaffen, um die geheimen Rüstungen zu rechtfertigen.

Ungarn darf unter stillschweigender Duldung oder offener Förderung der Siegermächte des Weltkriegs nach Belieben gegen die Nachbarstaaten rüsten, die Teile Mit-Ungarns — allerdings auch überwiegend magyarisch besiedelte — erhalten haben. Ganz besonders rüftet der italienische Faschismus oder Ungarn gegen die letzte Demokratie in Mitteleuropa, die tschechoslowakische Republik.

Polen assistiert Frankreich.

Genf, 10. Februar. (Eigenbericht.)

In der weiteren Debatte am Mittwoch betätigte sich der polnische Außenminister Jazelski wiederum als Vertreter jenes kleinen Nationalegoismus, der mit soviel Lärm wie Ungerachtigkeit in der Nachkriegszeit Geschichte gemacht hat. Mit wahrhafter Befriedigung habe Polen, das am Kreuzweg sozialer Invasionen liege, den französischen Vorschlag begrüßt, der den Böhmerbund mit einer wirklichen Existenzgewalt ausstatte. Die Abrüstung hänge von der Sicherheit ab. Der Konventionentwurf darf bezüglich der angenommenen Methoden nicht geändert, er könne dagegen in technischen Fragen ergänzt werden. Dazu gehöre die Einbeziehung des „Potentiel de Guerre“ (Wirtschaftliche Kriegsmacht), sowie von Bestimmungen gegen verdeckte Aufrüstung der militärischen Organisationen.

Am Pranger!

Abrechnung mit Wirtschaftsverbrechern.

Im Favog-Prozess führte der Staatsanwalt in seinem Plädoyer aus:

„Wir wollen, daß diejenigen, welchen die Verantwortung für die Betretung fremden Gutes in die Hand gelegt ist, jederzeit, wenn es gefordert wird, offene und ehrliche Rechnung ablegen. Wir wollen aber nicht, daß sie als unehrenhafte Verwalter in ihre eigene Tasche wirtschaften und dazu noch ihr ungetreues Verhalten durch Täuschung oder Verschleiierung der Rechnung derjenigen entziehen, die ihnen ihr Vertrauen geschenkt haben. Wir wollen nicht, daß Generaldirektoren oder Direktoren einer Aktiengesellschaft, die wohl dazu bereit wären, einen Angestellten wegen eines Griffs in die Portofälle über die Ringe springen zu lassen, sich selbst mit offenen Händen in Provisionsempfänger verwandeln und hinterher nur die klammernde Entschuldigung finden, daß sie das nötige Fingerpihngesühl verloren hätten. Wir wollen nicht, daß an der Spitze der deutschen großen Wirtschaftsunternehmen Leute stehen, die auf Grund ihrer regelmäßigen Bezüge sich jeden Tag eine neue weiße Weste kaufen können, aber trotzdem lange Jahre hindurch auf dem Rücken ihrer Gesellschaft schmutzige und eigennützige Geschäfte betreiben.“

Sonderrecht für Nationalsozialisten.

Untergrabung der richterlichen Autorität.

Die Staatspartei hatte im Sächsischen Landtag folgende Anfrage eingebracht:

„In einer vor dem Landgericht Chemnitz anhängigen Berufungsstrafsache wegen Körperverletzung vom 23. Januar 1932 sind der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Brodau und ein Beisitzer

Die budgetäre Begrenzung stelle die einzig wirksame Methode für die Abrüstung dar.

Verstärkt werden müßten die Kriegsvorbereitungsmassnahmen und die moralische Abrüstung. Jazelski erinnerte an die polnischen Vorschläge für diese moralische Abrüstung, wozu bemerkt werden muß, daß gerade Polen am wenigsten zu dieser moralischen Abrüstung beigetragen hat, da es sich jedem Schwächeren gegenüber in den grausamsten Gewaltmaßnahmen und der Durchbrechung aller seiner Rechte völlig gehen ließ. Die Vertrauenskrise, fuhr Jazelski fort, sei eine der Hauptursachen der Wirtschaftskrise. Man dürfe die Agitation gewisser Elemente nicht stillschweigend hingehen lassen, die ihre egoistischen Ziele in der Verwirrung und Unordnung vollführen wollten, sagte er deutlich gegen die Nazis in Deutschland. Wenn die Deutschen nicht dagegen aufstünden, so drohe die Welle des Hasses und Mißtrauens alles einzureißen, was mit sanfter Mühe seit Gründung des Böhmerbundes errichtet worden sei. Für die politischen Lösungen, als Voraussetzung der Abrüstung, konnte auch die regionale Form günstig sein.

Rußland braucht Frieden.

Moskau, 10. Februar.

Das Regierungsblatt „Nowostija“ bezieht sich Frankreich, England und die Vereinigten Staaten des Imperialismus und führt dann u. a. aus: „Der von der französischen Delegation eingebrachte Dringlichkeitsantrag ist ein sorgfältig ausgearbeitetes Programm der Vorbereitung einer sowjetfeindlichen Intervention. In der Vorbereitungsphase hat die Sowjetdelegation sernerzeit den radikalen Antrag auf allgemeine vollständige Abrüstung gestellt. Nach seiner Ablehnung legte sie der Konferenz das ausführliche Projekt einer allgemeinen teilweisen Abrüstung vor. Als auch dieses Projekt abgelehnt wurde, hat die Sowjetdelegation alles nur mögliche getan, um wenigstens die Annahme einzelner konkreter Abrüstungsvoor schläge zu erreichen und die Vorbereitung eines Krieges zu verhindern. Eine solche Politik ergibt sich für die Sowjetunion aus der Tatsache, daß sie nicht allein die Interessen des sowjetrussischen Proletariats, sondern auch die der Werktätigen der ganzen Welt petriert und sich daher konstant mit allen Mitteln gegen die Entstehung eines Krieges stemmt. Die Sowjetunion leidet nicht unter den Erschütterungen der Weltwirtschaftskrise, sie braucht keinen Krieg als vorzweifelloses Mittel zur Bekämpfung der Wirtschaftskatastrophen. Sie braucht den Frieden, um ihr großes Werk des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft fortsetzen zu können. Diese Friedenspolitik der Sowjetunion ist kein Zeichen der Schwäche, sondern ein Zeichen der Kraft.“

Landgerichtsrat Dr. Cohn als befangen bezeichnet und ihre Ablehnung mit der Begründung als gerechtfertigt erklärt worden, daß die Angeklagten Nationalsozialisten, die Richter aber Mitglieder der Staatspartei, der eine überdies Jude, seien. Trotzdem in dem Beschluß die feste Ueberzeugung ausdrücklich festgestellt werde, daß die Richter bisheriger gewissenhafter Pflichterfüllung gemäß im gegebenen Falle durchaus unparteiisch urteilen würden, könne den Angeklagten doch nicht zugemutet werden, von solchen Richtern Recht zu nehmen.

Wir fragen: Ist der Vorgang dieser Vorgang bekannt? Willigt sie die hier aufgestellten „Grundsätze“? Wenn nein, was gedenkt sie zu tun, um dafür zu sorgen, daß sich ein derartiger, lede geordnete Rechtspflege völlig untergrabender Vorgang keinesfalls wiederholt?“

Wie die „Nationalen“ heken.

Eine deutliche Anwort.

In einer kleinen Anfrage des nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Rube war behauptet worden, daß Polizeimajor Wittstein in Kotbus verlange, es dürften zu den von den Schupo-Beamten bejahlten Kinderbesetzungen nur Söhne und Töchter von Sozialdemokraten zugelassen werden. Wie der Amliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Minister des Innern in Beantwortung der kleinen Anfrage folgendes ausgeführt:

„Wie in allen Standorten der preussischen Schupo-Beauftragte ist es dankenswerterweise durch freiwillige Spenden der Polizeibeamten seit langem möglich gemacht worden, bedürftigen Kindern täglich eine Mahlzeit ohne Entgelt zu verabreichen. Die Kinder sind vom städtischen Wohlfahrtsamt namhaft gemacht worden. Von dem Polizeimajor Wittstein sind selbstverständlich keine Wünsche dahin geäußert worden, die Auswahl der Kinder parteipolitisch zu beschränken. Ich bedauere außerordentlich, daß auch diese soziale Betätigung der Polizeibeamten aller Sparten und Dienstgrade zur politischen Heke benutzt wird.“

Knecht der sozialen Reaktion.

Der Scharfmacher von Silsa entlarvt Hitler.

Die Reaktion macht mobil gegen die Arbeiterrechte und Hitler ist ihr Vorkämpfer! Die Scharfmacher glauben nicht mehr an die Ewigkeit des Kapitalismus, sie haben vielmehr Weltuntergangsgedanken. Je weiter die Krise vorwärtschreitet, um so stärker wankt der Boden, auf dem sie stehen, um so tiefer dringt ins Volk die Ueberzeugung, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem grundlegend umgebaut werden muß!

Vor der Perspektive des Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems sehen die Scharfmacher nur eine Rettung: die Köpfe des Volkes sollen durch kapitalfreundliche Propaganda aufs neue vernebelt werden und soweit dies nicht zum Ziele führt, soll die brutale Diktatur im Auftrag des Scharfmachertums zur Erhaltung des Kapitalismus nachhelfen. Das ist der wahre Sinn des Faschismus! Er ist das letzte Bollwerk zur Verteidigung des brüchigen kapitalistischen Systems und zur Wahrung des Großunternehmertums. Die scheinsozialistischen Parolen der Hitler-Propagandisten sollen den Zug zum Sozialismus im Volke zum Stillstand bringen, die faschistische Diktatur soll die Arbeiterklasse niederschlagen. Die Organisationen der Arbeiterklasse sollen durch die Banden des Faschismus zerbrochen werden, damit die bankrotten Kapitalisten ihre soziale Machtstellung nicht einbüßen.

Die Scharfmacher sehen ihren Hauptfeind in den Gewerkschaften. Einer der Oberscharfmacher, der Oberst a. D. v. Silsa, der vor kurzem aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten ist, hat an seinen Freundeskreis eine Denkschrift verfaßt, in der es heißt:

„In rein nationalen, besonders in außenpolitischen Fragen, stimmen wir innerhalb der nationalen Front überein. In wirtschaftlichen und finanziellen Dingen sind noch zum Teil starke Gegensätze bezüglich des einzuschlagenden Weges vorhanden. Wenn wir in wirtschaftlicher Hinsicht auf die Nationalsozialisten einwirken wollen, müssen wir innerhalb der nationalen Front eine möglichst starke privatwirtschaftlich orientierte Gruppe bilden. Nur so werden wir einen Einfluß auf die Nationalsozialisten ausüben können, denn innerhalb der Nationalsozialistischen Partei selbst würde der einzelne privatwirtschaftlich Denkende sich zur Zeit nicht durchsetzen können. Wenn Hitler und sein Wirtschaftsstab wirklich die feste Absicht haben, den Kern des privatwirtschaftlichen Systems unangefastet zu lassen, so werden sie es auch leichter haben, ihre Ziele umzusetzen, wenn sie bei dieser geistigen Erziehung ihrer Anhänger auf eine starke privatwirtschaftliche Gruppe in der nationalen Front hinwirken können.“

Der Scharfmacher von Silsa setzt sein Vertrauen auf Hitler und dessen Stab im Braunen Hause in München. Er sieht in ihnen die Anhänger, Freunde und Verteidiger des kapitalistischen Systems. Silsa enthält die Pläne der schwärzesten Sozialreaktion, zugleich aber auch die wahre Rolle Hitlers. Hitler ist für die Scharfmacher der faschistische Bandenführer, den sie befolgen, und der ihre Geschäfte besorgen soll. Durch dies Vertrauen der sozialen Reaktion wird Hitler gebrandmarkt und die Rolle, die er spielt dazu. Er ist der besoldete Degen der sozialen Reaktion.

Mit Hilfe des Hitlerschen Stabes wollen die Scharfmacher den Kampf gegen die Gewerkschaften führen. In der Denkschrift Silsas heißt es weiter:

„Wir werden unsere wirtschaftspolitische Aufgabe nur erreichen können im Kampfe gegen die Gewerkschaften. Hier stellt sich vor allem die Entscheidung zwischen einem vollständigen Individualismus und dem sich immer mehr ausdehnenden — siehe letzte Rotterordnung — Kollektivismus. Der politische Einfluß und die Manipulation der Gewerkschaften müssen gebrochen werden.“

Es ist die stärkste gelbe Offensive, die mit Hilfe Hitlers vorgenommen werden soll, aber es ist eine Offensive eines sterbenden Systems! Mit Entsetzen sieht man im Scharfmacherlager, daß nicht nur die freigewerkschaftlichen Bergarbeiter, sondern auch die christlichen Gewerkschaften grundsätzlich Kurs nehmen auf die Verstaatlichung des Bergbaues, daß sie die Lehren aus den wirtschaftlichen Ergebnissen der letzten Zeit und aus der Krise ziehen. Die Forderung der Verstaatlichung des Bergbaues ist in der Tat ein Angriff, der auf die stärkste wirtschaftliche Machtposition der Kapitalisten und zugleich auf die stärkste politische soziale Machtposition der Scharfmacher zielt! Daß dieser Angriff gemeinsam von den freien und den christlichen Gewerkschaften geführt wird, hat die Weltuntergangsgedanken der Scharfmacher nur noch verstärkt. Die „Kölnische Zeitung“ polemisiert aufgeregt gegen die christlichen Gewerkschaften und gegen den Vorstoß Ambulachs gegen die soziale Reaktion. Sie spricht von „Sprühen des Radikalismus“ — aber in dieser Forderung handelt es sich nicht um einen Vorstoß zum Sozialismus, sondern um einen aus der Not der Zeit und der Einsicht in ihre Ursachen geborenen Radikalismus des Notwendigen. Er hat eine Forderung ausgesprochen, deren Verwirklichung die Kapitalisten nicht werden verhindern können — weder sie noch ihre faschistischen Landesräte. Der Degen der sozialen Reaktion wird an der notwendigen Entwicklung zum Sozialismus hin zerbrechen!

Der Bruder als Geißel.

Faschistische Unterdrückungsmethoden.

Von der italienischen Grenze wird uns geschrieben:

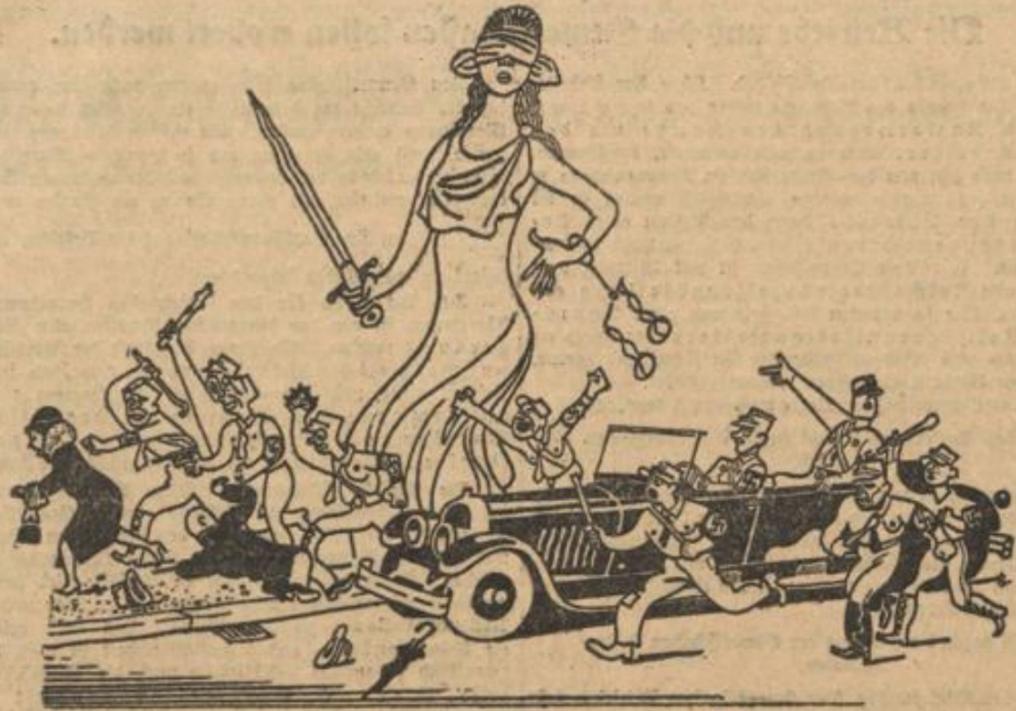
Die faschistische Polizei hat neuerdings in Turin eine größere Anzahl von Intellektuellen — Anwälten, Ärzten, Gelehrten und Studenten — verhaftet, die nach berühmtem Muster eines „Komplots“ gegen die Sicherheit des französischen Staates beschuldigt werden. Unter denen, die verhaftet werden sollten, befand sich der Jurist Aldo Garosci. Dieser hatte aber inzwischen auf Grund eines Auslandspasses Italien verlassen, so daß die beiden Hausdurchsuchungen in seiner Wohnung negativ verliefen.

Die Polizei rächte sich dafür, indem sie den Bruder des Gefangenen, den Ingenieur Remo Garosci, verhaftete, nach Rom transportierte und seit Wochen in Gefangenschaft hält, obwohl ihr durchaus bekannt ist, daß er absolut unpolitisch ist und mit den antisfaschistischen Bestrebungen seines Bruders und dessen Freundeskreises niemals etwas zu tun hatte. Aber man hofft, durch die Festnahme seines Bruders Remo den Juristen Aldo moralisch zu zwingen, nach Italien zurückzukehren und sich dem Sondergericht zu stellen. Wenn er es nicht tut, will man den unschuldigen Ingenieur durch unbegrenzte Haft oder Deportation dafür bestrafen, daß er der Bruder eines Antifaschisten ist.

Das ist nicht der erste Fall dieser Art. Als es dem bekannten Antifaschisten Rosselli gelungen war, aus der Deportationsinsel Lipari zu flüchten, rückte sich die italienische Behörde, indem sie dessen Frau und dessen Bruder verhaftete und wochenlang gefangen hielt. Ähnlich wurde die Braut eines der Angeklagten im Mailänder Intellektuellenprozeß, Fräulein Bevilacqua, drei Monate lang gefangen gehalten, obwohl gegen sie politisch überhaupt nichts vorlag. In Turin wurde der Sohn des oppositionellen Universitätsprofessors und Kunstkritikers Lionello Venturi kürzlich verhaftet, obwohl er fast noch im Knabenalter steht, nur um dem Vater zu peinigen.

Das ist Faschismus!

Graf Helldorf ohne Sorge.



„Kameraden, fürchtet euch nicht vor dem Weibsbild! Die hat zwar 'n Schwert — dafür ist sie aber blind!“

Ein politischer Meineidsprozeß.

Polnischer Lehrer in Stolp angeklagt.

In der hinterpommerschen Stadt Bätow lebt der 27jährige Jan Bauer als polnischer Volksschullehrer. Die Errichtung von Minderheitsschulen für die Polen in Preußen beruht auf der preußischen Verfassung, einer Ausführungsverordnung und einem deutsch-polnischen Abkommen, dessen Zweck es ist, diesen Schulen auch die nötigen Lehrer zu verschaffen, deren es unter der polnischen Minderheit in Preußen nicht genug gibt. Jan Bauer soll nun in einem Prozeß gegen den Gemeindevorsteher Zimmermann in Ostlawa-Dammerow mehrheitswidrig beschworen haben, er sei weder polnischer Agent noch habe er sich in polnisch-nationalistischem Sinne betätigt. Wegen dieser Zeugenaussage hat nun die Staatsanwaltschaft in Stolp die schwere Anklage des Meineides gegen Jan Bauer erhoben, gegen die er sich jetzt vor dem „Schwurgericht“ in Stolp zu verantworten hat. Die Verteidigung hat alle Richter, die dem Stahlhelmklager oder anderen rechtsstehenden Verbänden angehören, aber auch den Vorsitzenden Dr. Schröder abgelehnt; im letzteren Falle ist die Ablehnung damit begründet worden, daß Dr. Schröder sich in diesem Verfahren schon als Untersuchungsrichter betätigt habe, da er über den Haftentlassungsantrag entschieden hat und daß er selbst in dem Prozeß gegen Zimmermann Vorsitzender gewesen ist, wozwegen er in dem jetzigen Meineidsprozeß einer der wichtigsten Zeugen sei, also nicht zugleich den Vorsitz führen könne.

Der Vorsitzende und die anderen abgelehnten Richter erklärten sich als nicht befähigt und so wurden die Ablehnungsanträge abgewiesen.

Die Verhandlung dreht sich zum großen Teil darum, ob Bauer Eltern überredet hätte, ihre Kinder in polnische Schulen zu schicken, ob er sich weiter durch Gründung mehrerer polnischer Schulen als Agitator betätigt habe, ob nicht auch seine Tätigkeit als Sekretär des Polenbundes in Bätow, als Vorstandsmittglied der polnischen Banka Ludowa (Volkbank) und als polnisch-katholischer Kandidat für den Kreis- und Provinzialparlament die Agitation beweise; auch das Versprechen an Eltern, daß das Schulgeld und die Lehrmittel vom Schulverein bezahlt würden sowie die Beschaffung von Bank-

darlehen und Unterstufungen an polnische Besitzer und Eltern soll das Agitatorentum beweisen.

Bauer bestreitet die meisten dieser Behauptungen; er habe nur Aufklärungsarbeit gegen antipolnische Agitation getrieben.

In der Zeugenvernehmung beschuldigten der Gemeindevorsteher und Staatsförster Zimmermann sowie der Landjäger Rusof den Jan Bauer, daß erst sein Eintreffen in Ostlawa-Dammerow Erregung in die bis dahin ganz deutschgestimmte Bevölkerung gebracht habe. Der Gendarm sprach u. a. auch von geheimen Zusammenkünften und daß polnische Kinder deutsche Kinder mit Steinen beworfen hätten. Sowohl der Gendarm wie auch ein Gastwirt Sildester Adamczyk bekundeten, Jan Bauer hätte auf einem Vortragabend gesagt, auf diesem Boden sei ehemals polnisches Blut geflossen und die Grenze müßte eigentlich bis zur Ober- und nach Stettin reichen.

Infolge dieser Rede seien Gerüchte entstanden, Polen würden bald von Pommern Besitz ergreifen.

Auf Wunsch der Verteidigung wiederholte Adamczyk seine Aussagen auch auf polnisch, jedoch im gleichen Sinne, wie er sie vorher deutsch gemacht hatte. Jan Bauer bestreitet die Richtigkeit dieser Behauptungen und erwiderte, erst das Eingreifen des Herrn Zimmermann hätte Aufregung in den Ort gebracht.

Es kann unmöglich dem Frieden im Osten dienen, daß wegen solcher lokalen Streitigkeiten die furchtbare Zuchthausstrafe des Meineidsparagrafen gegen einen Führer der Minderheit gerichtet wird — jenes Meineidsparagrafen, der schon so viele Menschen aus geringfügigen Ursachen in das schwerste Elend gestürzt hat!

Was ist übrigens ein „polnischer Agent“? Und was ist „Betätigung in polnisch-nationalistischem Sinne“? Der Angeklagte mag diese Begriffe anders auffassen als seine Ankläger und seinen Eid im besten Glauben geleistet haben, und darum Meineidsklage, Zuchthausstrafe?

Baum gegen Fried.

Kein legaler Staatsakt! — Es bleibt beim Vorwurf der Illegalität.

Weimar, 10. Februar.

Staatsminister Baum veröffentlicht eine Erklärung, in der er sich auf den Strafantrag bezieht den der frühere thüringische Innenminister Dr. Fried gegen die „Münchener Neuesten Nachrichten“ wegen Beleidigung gestellt hat, weil das Blatt die Bemühungen des Dr. Fried um Einbürgerung Hitlers auf dem Wege der Ernennung zum Polizeikommissar von Hildburghausen unter der Ueberschrift „Frieds unwürdiger Schleichversuch“ veröffentlichte. Dr. Fried hat zu diesem Strafantrag bemerkt, die nationale Regierung in Thüringen habe feinerzeit durchaus kein Verständnis dafür gezeigt, die Frage von sich aus im deutschen Sinne zu erledigen, so daß ihm (Fried) nichts anderes übrig geblieben sei, als selbst die Lösung in eigener Zuständigkeit zu versuchen.

Staatsminister Baum sieht sich veranlaßt, dazu das folgende zu erklären: In der Zeit, als Dr. Fried die Frage der Einbürgerung Hitlers auf dem Wege der Beamtenanstellung in Thüringen zur Erörterung stellte, habe das gesamte thüringische Kabinett Seite an Seite mit Dr. Fried und den Nationalsozialisten für die nationalsozialistische Gleichberechtigung bei der Beamtenanstellung und gegen die Maßnahmen des Reichsinnenministers Dr. Borchers in der Angelegenheit der von Fried empfohlenen Schulgebäude gestimmt. Baum habe damals dem Dr. Fried gegenüber, als dieser in einem persönlich geführten Gespräch den Wunsch auf Einbürgerung Hitlers in Thüringen berührte, die Berechtigung des Wunsches unumwunden anerkannt. Es heißt dann weiter:

Allerdings habe ich Herrn Dr. Fried, als dieser mit dem Gedanken der Berufung des Herrn Hitler in ein bei der Staatlichen Bauhochschule freigeswordenes Amt herorkam, auf die im Kabinett zu erwartenden Schwierigkeiten hingewiesen. Die daraufhin vom Staatsminister Dr. Fried an mich gestellte Zumutung, gemeinsam mit ihm unter Ausschaltung des Reichsministers Herrn Hitler ein Staatsamt zu übertragen, habe ich zurückgewiesen. Es geschah dies vor der Kabi-

nettsitzung vom 18. April 1930, in der mit Stimmenmehrheit die Antwort auf eine kleine Landtagsanfrage dahin festgesetzt wurde, daß es das Staatsministerium ablehne, Herrn Hitler die thüringische Staatsangehörigkeit durch eine pro-forma-Berufung in ein Amt zu verschaffen.

Dies ist der wahre Sachverhalt und aus ihm ist zu ersehen, daß die Behauptung des Herrn Dr. Fried, ich hätte kein Verständnis für die Einbürgerung Hitlers gezeigt, den Tatsachen widerspricht. Für mich könnte bei einer etwaigen Einbürgerung des Herrn Hitler nur der gerade, offene, legale, der wahrhaft deutsche Weg, niemals aber eine Scheinmaßnahme in Frage kommen. Die neuerliche Behauptung des Herrn Dr. Fried, daß er sich um einen legalen Staatsakt, also um eine abgeschlossene Handlung gehandelt habe, widerspricht seiner vorausgehenden Erklärung, daß die Anstellung nicht zustande gekommen sei. Ich erblicke eine nichtlegale Handlung des Ministers Fried besonders auch darin, daß die Anstellung durch ihn versucht wurde, ohne dem vorstehenden Minister bei der damals durchaus einheitlichen Kampfgemeinschaft von der Durchführung seiner Absicht irgendeine Mitteilung zu machen.

Der Reichstagsausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen ist für Donnerstag, den 18. Februar und die folgenden Tage einberufen worden, um in Gegenwart von Kommissaren der Reichsregierung Petitionen zu beraten.

24 Millionen neue Fünf-Mark-Stücke. Der Reichsrat wird sich in seiner nächsten Plenarsitzung am Donnerstag, dem 11. Februar, mit einer Reihe von Vorlagen der Reichsregierung zu beschäftigen haben. Hervorzuheben ist die Anweisung über die weitere Ausprägung von Reichs-Silbermünzen im Nennwert von fünf Reichsmark. Wie das Nachrichtenbüro des R.D.S. hierzu hört, handelt es sich dabei um die Ausprägung von Fünf-Mark-Stücken im Gesamtbetrag von 120 Millionen Reichsmark, die jedoch kein neues Kontingent darstellt, sondern lediglich eine weitere Rate auf die bereits vor längerer Zeit bewilligte Neuaustragung von Silbermünzen.

Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag ist für den 20. Februar einberufen worden. Zur Prüfung stehen die Wahlergebnisse für die Wahlkreise Ostpreußen, Sachsen und Württemberg-Baden.

Mördersuche bei Oranienburg.

Die Mütze des ermordeten Bierkutschers gefunden.

Die Berliner Mordkommission und die Landjäger der Kreis-Niederbarnim sehen am Mittwoch die Streifen durch die Gegend von Summloch, um Spuren zu finden, die zur Ermittlung der Mörder des 27jährigen Bierkutschers Reinhold Müller der Schultheiß-Pahnhof-Brauerei zu finden. Zwei Kilometer vom vermutlichen Tatort, der Schlagbrücke über die Briele, entfernt fand man im Walde die Mütze Müllers. Die Täter haben wahrscheinlich davon gewußt, daß die Bierkutscher vielfach die Gewohnheit haben, größeres Papiergegeld hinter das Schweisbleid ihrer Mütze zu stecken, sie haben Müller erschossen, ihm die Mütze vom Kopf gerissen und sind dann wahrscheinlich geflüchtet, ohne die Geldtasche Müllers zu durchsuchen, in der noch ein Teil der von Müller einsteckten Gelder gefunden wurde. Als Tatort kommt die Schlagbrücke, die über die Briele führt, in Frage. Hier ist der Schuß auf Müller abgegeben worden, der diesem ins Herz drang und sofort tötete.

Mit Unterstützung der Orispolizei und begleitet von einigen Suchhunden sind die Beamten der Mordkommission die Wege zurückgegangen, die Müller vor seiner Ermordung passiert hatte. In der Nähe der Schlagbrücke fand man einige Geschäftspapiere, die Müller mit sich geführt hatte. Es scheint einwandfrei festzustellen, daß Müller den tödlichen Schuß unmittelbar in dem Moment erhalten haben muß, als er mit seinem Wagen die Brücke passierte. Hier hat er aus einem Versteck heraus den Schuß erhalten. Das Geschloß wurde noch in seinen Kleidern gefunden. Die Sachverständigen haben es untersucht und festgestellt, daß es ein 9-Millimeter-Geschloß aus einer Parabellumpistole ist, die noch aus der Kriegszeit stammt. Nach weiterem Suchen fand man auch im Schnee die Patronenhülse.

Reinhold Müller hatte am fraglichen Abend bereits eine Tour nach Zühlsdorf hinter sich. Er fuhr nicht nur Bierfässer, sondern auch Bier in Flaschen und in losen Mengen aus. Er hatte das Bier überall abgeliefert und führte das einsteckte Geld in einer Tasche mit sich. Der oder die Mörder sind aber nicht zur Beraubung gekommen.

Die Brücke über die Briele ist nicht sehr breit, so daß Müller langsam fahren mußte und auch keine Gelegenheit hatte, eventuell auszuweichen. Außerdem gibt es in der Nähe zahlreiche Verstecke, hinter denen der oder die Täter gut verborgen auf ihr Opfer lauern konnten. Der Mord erscheint nach alledem vorbereitet zu sein. In der gestrigen Nachmittagsstunden fand in Oranienburg die Obduktion der Leiche statt, die ergab, daß der Schuß durchs Herz den augenblicklichen Tod zur Folge hatte.

Wieder Ueberfall auf Taxichauffeur.

Der sechste in wenigen Tagen.

In den gestrigen Abendstunden wurde wieder ein dreifacher Raubüberfall — der sechste in den letzten Tagen — auf einen Droßkutschchauffeur in der Oberlandstraße in Berlin-Tempelhof verübt. Zwei Fahrgäste hatten den Chauffeur zu einer Fahrt nach Tempelhof genommen. In der Oberlandstraße, die in einem entlegenen Teil Tempelhoofs liegt, ließen sie den Chauffeur halten und zwangen ihn mit vorgehaltener Pistole zum Verlassen des Wagens. Die Täter casten dann mit der Taxe in Richtung Berliner Straße davon und konnten nicht mehr eingeholt werden. Der Droßkutschchauffeur, der Thom heißt, meldete den Vorfall sofort der Polizei.

Lügen über Kleingärtner.

Wie die Nazis von dem Felsen-Überfall ablenken möchten.

Mitglieder des Kleingärtnervereins Freiheit 111 e. V., Charlottenburg, Tegeler Weg, schreiben uns:

Am Sonntagabend brannte die Wohnstube des Kleingärtners Bischof, Siemensstadt, Kolonie Freiheit 111, ab. Nach Angaben des 14jährigen Sohnes ist das Feuer wahrscheinlich durch ein schadhaftes Ofenrohr entstanden. Das Ofenrohr wies seit 14 Tagen ein handgroßes Loch auf. Dieselben Angaben machte Bischof der Feuerwehr und der Polizei. Der „Angriff“ vom 8. Februar 1932 bringt diesen Vorfall jetzt vollkommen wahrheitswidrig und heftig zur Darstellung. Die Ueberschrift lautet „Kommunistische Brandstifter! Wohnstube eines SA-Mannes abgebrannt. Kommunisten provokieren die Helfer.“ In dem Artikel wird der Verdacht ausgesprochen, Kommunisten hätten die Fenster aufgestoßen und die Gardinen angezündet. In der vorhergehenden Nacht seien schon die Fensterläden abgerissen worden. Bei Ausbruch des Feuers hätte sich Bischof mit seinen vier Kindern im Wohnraum der Laube befunden, als ihm die Flammen aus der Küche entgegenstürzten. Demgegenüber sagte der 14jährige Sohn aus, die Kinder hätten sich allein in der Laube befunden und hätten immer knistern, sie dachten aber, ihr Vater handiere draußen. Das ist ein unauflösbarer Widerspruch. Weiter seien Kolonisten, die zur Hilfe kamen, von einem Kommunistenführer angehalten worden.

Wahr ist vielmehr, daß sämtliche anwesenden Nachbarn sich, unabhängig von ihrer Parteistellung, an den Rettungsarbeiten beteiligt haben.

Die Familie ist nicht von Parteigebhörigen des Bischof, wie das Nazistatt schreibt, sondern von Parteilosern bzw. Angehörigen anderer Parteien aufgenommen und versorgt worden.

Wir haben diese Zuschrift der Laubkolonisten gern veröffentlicht. Die Proletarier in den Laubkolonien haben hier ein neues Beispiel dafür, daß den Nationalsozialisten jedes Mittel der Verleumdung und der Lüge recht ist, wenn sie glauben, dadurch von dem blutigen Ueberfall ihrer Horden auf die Kolonie „Felsen“ ablenken zu können.

Kleingärtner fordern Preisentzug.

Dogleich ein radikaler Lohn- und Gehaltsabbau in der Gesamtwirtschaft einen Preisabbau zur Folge gehabt hat, der auch die Gesteinskosten erheblich gesenkt hat, müssen wir Kleingärtner doch auf Grund von langfristigen abgeschlossenen Pachterträgen den hohen Pachtpreis weiter zahlen. Lohn und Gehalt sind aber bis zu 40 Proz. gesenkt worden, womit sich auch die Verwaltungskosten der Eigentümer verringert haben. Man hätte nun mit Bestimmtheit erwartet, daß die Pachterträge die gleiche Behandlung wie die Mietverträge erfahren hätten. Wegen der unerschwinglichen Mieten und der großen Arbeitslosigkeit wohnen die Kernfamilien der Armen in ihren Lauben. Die Eigentümer haben sich auch diese Notlage zunutze gemacht, obwohl ihnen durch das Bohnen in der Laube feinerer Schaden oder Unkosten entstehen und fordern von den betreffenden Hausbewohnern eine besondere Miete neben der Pacht, die dann leider von den unter dem Druck der eventuellen Räumung stehenden Kleingärtner anerkannt ist. Alle diese Verträge und deren Abschluß liegen zeitlich vor dem Inkrafttreten der letzten Notverordnung.

Wäre es nicht möglich, diese von den Kleingärtner aufgestellte berechtigende Forderung im Rahmen einer etwa kommenden neuen Notverordnung zu regeln?

Ein Kleingärtner des Bezirks Lichtenberg.

Sprechstunde für proletarische Freizeithunden. Die Uebungsstunde muß auch in dieser Woche ausfallen. Bekanntmachung der nächsten Uebungsstunde erfolgt am nächsten Mittwoch im „Vorwärts“.

Geheimnis des Fragebogens.

Bankier Zehr als Entlastungszeuge.

Im Schultheiß-Prozess beschäftigte man sich gestern noch zunächst mit der Frage, wer für das Verschweigen verschiedener Angaben auf dem Ostwertfragebogen des Projektes anlässlich der Kapitalserhöhung verantwortlich zu machen sei. Der Zeuge Figger von der Deutschen Bank gab an, daß ihm bei den Ostwerten weder von den Nutria-Forderungen noch von dem Kreditauftrag an die Nordhülse Mitteilung gemacht worden sei. Die Entwürfe zum Prospekt, in denen schon diese Angaben fehlten, seien u. a. auch von Herrn Benzin abgezeichnet worden.

Der nächste Zeuge war der Bankier Zehr, früher Vorstandsmittglied der Deutschen Bank, sowie der Deutschen- und Disconto-Bank, der zu einer Zeit, wo er schon als Privatbankier tätig war, im Februar v. J. mit Kapellenbogen darüber gesprochen hätte, daß der Schultheiß-Kurs sich bei vernünftiger Pflege erholen müßte. Als Optimist habe er geglaubt, in diesen Aktien ein erfolgreiches Geschäft machen zu können. Einige Zeit später sei das Geschäft so abgeschlossen worden, daß ihm 450 000 Aktien fest und eine Option auf den gleichen Betrag und auf weitere 300 000 Markt überlassen wurden. So hatte er für 1 200 000 Markt Aktien zur Verfügung, mit denen er arbeiten konnte. In den nächsten Tagen habe er den Kursrücksetzungen der Schultheiß-Aktien an der Börse beigewohnt. Das habe Aufsehen erregt, und er habe seiner Kundschafft die Aktien mit so großem Erfolg empfohlen, daß er bald alle unterbringen konnte. Erst die Heraushebung der Gemeindefiskalsteuer um 100 Proz. habe der gesamten Brauereindustrie einen solchen Dolchstoß versetzt, daß er keine Schultheiß-Aktien mehr

verkaufen konnte. Die Option auf die letzten 300 000 Markt sei denn aus diesen Gründen storniert worden. Im Zusammenhang mit diesem Geschäft wird Kapellenbogen auch vorgeworfen, daß er gegen das Interesse seiner Gesellschaft, also zum Schaden des Schultheiß-Konzerns, gehandelt hätte. Zeuge: Nach meinem Gefühl konnte und mußte man Kapellenbogen mit seiner Gesellschaft identifizieren. Nach meiner Ansicht wollte Kapellenbogen weder seine Gesellschaft, noch meine Firma schädigen, er wollte weder sich entlasten, noch mich belästigen. Oberstaatsanwalt Sturm: Bußten Sie, daß für den Konzern damals große Stützungskaufe vorgenommen worden waren? Zeuge: Als Vorstandsmittglied der DD-Bank mußte ich, daß große Beträge Schultheiß-Aktien von der Danat- und Commerzbank angekauft worden waren, ohne die Einzelheiten dieser Engagements zu kennen. Ich habe auch öfter zu meinem Kollegen von Stauß gesagt: „Hier werden Käufe getätigt, was bedeutet denn das, wir sind doch Führer des Konsortiums. Es wurden uns nur Austünfte gegeben, daß die Käufe ins Ausland gingen. Das war für mich ein Grund mehr, dieses Geschäft mit Kapellenbogen zu betreiben. Denn ich war der Ansicht, daß durch diese Käufe der Banken schon eine Kartellvereinbarung stattgefunden hätte, die einen Handel sehr erleichterte.“

Mit dieser Vernehmung und Auslage wurde die gestrige Verhandlung geschlossen. Am Freitag werden die Mitglieder der Revisionskommission vernommen werden.

Heute „Rheingold“ in der Städtischen Oper. Da Hans Reinmar erfüllt ist und die heutige Vorstellung von „Macbeth“ in der Städtischen Oper abgeben mußte, wird statt dessen „Das Rheingold“ in der üblichen Besetzung gegeben. Dirigent: Fritz Stiedry. Beginn 8 Uhr.



Man hat allgemein den Ausländerfimmel. Ja, stammten sie aus Deutschland, dann hätten Billy und Anita es um vieles schwerer, sich durchzusetzen. Dann müßten sie, wie alle die vielen und vorzüglichen Artisten aus Berlin und Neudölln, einen verschrobenern englischen Namen tragen und mit großer Mühe auf der Bühne radebrechen, damit man sie ja und ja für Ausländer hielte. Billy findet das höchst komisch. Er denkt an die Cowboyfeste daheim und er weiß, ein Publikum, das sich selbst für so minderwertig hält, das würde es unter den Cowboys nicht geben. Da war jeder ein selbstbewußter Kritiker, da war man stolz auf das Können seiner Landsleute und seiner Kollegen.

Billy und Anita haben ein paar Freitage. Sie streifen durch Hamburg. Sie wollen diese eigenartige Stadt kennenlernen. Diese Stadt der Arbeit. Ganz gleich, ob es morgens, mittags oder abends, ganz gleich, ob es Sonn- oder Alltags ist, hier stehen immer Arbeitsbrüder im Werktag. Die große Reportage der Arbeit, der leben lönnende Mensch nimmt sie hier als unvergleichlichen Eindruck in sich auf.

Wie bunt, wie lebhaft ist das Hafenbild. Wie unendlich geschäftig winden sich die kleinen Dampfer überall durch. Ein Kernöfer sieht in seinen eigenen unruhigen Gedanken und seiner bedrückenden Phantasie, sie stets irgendwo gegenstoßen, oder sie schweben für ihn immer in der Gefahr, übermann zu werden. Doch diese kleinen Dampfer, die den Verkehr besorgen, die immer Menschenfrachten ein- und ausladen, kommen wie durch ein Wunder ohne Schramme davon. Sie geben dem ganzen Hamburger Hafen das Bild. Sie sind einzigartiger als die Ozeanriesen.

Doch Hamburg ist Grau in Grau, es steht in dieser üblen Dunstwolke von schmierigem Raß. Es tropft von diesem durchdringenden Gemisch Nebel und Regen. Statt sind die Straßen, nah die Häuser und leucht sogar die Treppengeländer.

Man erzählt Billy den bekannnten Biß von dem Kapitän. Der war jahrelang auf Hamburg Stadt gefahren und hatte

natürlich seit zehn Jahren Hamburg nur im Rebel gesehen. Als er aber einmal bei Sonnenschein mit seinem Dampfer auf der Elbe ist und Hamburg sein strahlendes Gesicht macht, da kehrt er schleunigst wieder um; denn er dachte allen Ernstes, er habe sich verfahren.

Billy lacht. „Biß gut, daß man den Biß schon erfunden hat, sonst hätte ich ihn selbst noch erfinden müssen.“

Dennoch gefällt es sowohl Billy wie Anita in Hamburg. Hier haben sie zum erstenmal deutschen Boden betreten. Wie angepannt waren damals ihre Nerven gewesen! Bei Billy hatte ungebändigte Kraft nach einer Form gesucht. Anita und Billy, beide mußten sich erst einfügen ins Leben. Sie durften mehr als zufrieden sein, sie hatten inzwischen viel erreicht.

Erfolg und Glück bleiben ihnen in Hamburg treu. Man sieht sie gerne auf der Varietébühne. Sie haben reichen Beifall, sie haben gute Kritiken. Als Billy eines Tages mit einem Artisten spazierengeht, werden sie unerwartet von einem Chauffeur angerufen. Es folgt eine ziemlich stürmische Begrüßung und nachher berichtet der Artist:

„Der jetzige Chauffeur war einmal ein berühmter mondäner Tänzer. Mit seiner Partnerin, einer bildschönen Frau, reiste er schon zehn Jahre durch die Lande. Beide waren Russen, hatten als Kinder gute Tage gesehen. Sie hielten treu und brav zusammen, bis sie nach dem Balkan kamen. Da setzte der Wirt eines Nachtlokals der Frau einen Floh ins Ohr. Der Betraute des Wirts, der Jährlerner, mußte ihr immer erzählen, daß sie bildschön sei und als Solonummer ungeheuren Beifall ernten würde. Allein würde sie die doppelte Gage beziehen. Bis sie eines Monats die doppelte Gage bezog und er auf der Straße lag. Bald waren seine Ersparnisse verbraucht, er fand nicht die rechte Partnerin und nun ist er Chauffeur.“

„Und sie?“ fragt Billy.
„Nun, ihr sagte man bald, sie sei übergehen. Ein neues Engagement fand sie nicht. Sie wurde Kundtänzerin, sie wurde Anmierdame und dann verlor man ihre Spur. Jetzt weiß er nicht, wo sie ist. Durch das Programm hat er es schon ein paarmal versucht, ihre Adresse herauszubekommen. Bislang war alles vergeblich. Er meint, sie würden noch heute gemeinsam arbeiten können. Das glaube ich ja nun freilich nicht. Aber die zehn Jahre des Zusammenlebens, die können doch eigentlich nicht so mir nichts dir nichts ausgelöscht sein. Ob die zwei wohl wieder zusammenfinden? Billy, ich sage dir, es ist ein Verbrechen, Partner auseinanderzureißen“, schloß der Artist seine Betrachtungen.

Ueber die letzten Worte dachte Billy sehr angelegentlich nach. Wie lange würde Anita noch bei ihm bleiben?

Na, ging sie, war das nicht besonders schlimm für Billy. Amerika war von Hamburg bloß die zweite Station. Billy konnte immer noch seinen Dienst als Cowboy tun. Jedoch wäre es nicht recht gewesen, jetzt seine Artistenaufbahn zu unterbrechen. Er mußte für Anita beizeiten einen Ersatz finden.

John kam des öfteren nach Hamburg. Anita war glücklich und nervös zugleich.

Sie stand abends ruhig vorm Messerbrett und doch war Billy in weiterem Abstand, als sonst bei ihm üblich. Sie setzte einen Helm auf, wenn Billy den Teilschuß maagte. Früher waren sie beide aufgebracht, wenn die Forderung nach dem Schutzhelm erhoben wurde und jetzt war Billy innerlich nicht einmal böse, als der Polizeipräsident „Das Spiel mit dem Menschenleben“ verbot.

Den Kollegen und Presseleuten gegenüber lobte Billy natürlich sehr, das wurde für ihn zur guten Reklame. Bei dem Schelten über den verbotenen Teilschuß kam dem Billy blitzsichtartig der erleuchtende Gedanke, wenn das Publikum schon um Menschen zittert, wieviel mehr wird es sich dann um Tiere sorgen.

Im Verfolg dieses Gedankens kaufte er Kelpinscher. Unermüdet probte er mit ihnen, schoß ihnen alles mögliche von den kleinen Köpfen und während Anita in Träumereien versank, lebte Billy in der sehr nüchternen Wirklichkeit und schuf sich für seine Partnerin einen Ersatz, von dem sie nicht einmal etwas ahnte. Billy schloß die Verträge nur noch ab, Billy und Partner. Er hütelte sich, den Namen Anita zu erwähnen.

John.

John arbeitete in Bremen, in seines Vaters Kontor. John war unzufrieden. Er mußte, die Bremer wagten buten von hinnen (draußen und innen), aber großzügig waren sie dieserhalb kaum geworden. Sie betrachteten das Leben vom Ich-Standpunkt, brachten alle Menschen in ein Berechnungsschema.

Aber John wollte die Menschen direkt auf sich wirken lassen, er wollte sie nicht als Zahlen und Zahlungsmöglichkeiten addieren. Er wollte ein anderes Leben führen als Vater, Großvater, Urgroßvater usw. geführt hatten. Der Ueberdruß fraß an ihm oder war es der Uebermut? Er war sich selbst nicht recht im Klaren darüber.

(Fortsetzung folgt.)

Butterteuerung und kein Ende.

Wie Herr Schiele in der Zeit der Not und Gehaltsenkung das Volk pressen darf.

In den letzten vierzehn Tagen haben die einkaufenden Hausfrauen, die von ihren Männern infolge der Lohn- und Gehaltsenkungen immer weniger Haushaltsgeld erhalten, beim Buttereinkauf die bittersten Enttäuschungen erlebt. Die Butterpreise sind rapide gestiegen. Während Mitte Januar für die verschiedenen Butterforten, von der Kochbutter bis zur Teebutter, noch 1,16 M. bis 1,35 M. bezahlt worden sind, haben wir in den letzten Tagen Preise erlebt, die um 20 bis 24 Pf. pro Pfund, also um fast ein Fünftel höher sind als damals. Dabei scheint die Preissteigerungswelle immer noch nicht vorbei zu sein. Die inländischen Butternotierungen der Großhändler sollen heute und morgen wieder in die Höhe gehen.

Es wäre verfehlt, den Groß- und Kleinhändlern aus dieser Entwicklung Vorwürfe zu machen. Die Butterteuerung ist fast allein auf die am 23. Januar wirksam gewordenen Zollerhöhungen zurückzuführen, die der Reichs-ernährungsminister Schiele zu verantworten hat. Die leichte Preissteigerung im Januar, die noch vor der Zollerhöhung eingetreten ist, war jahreszeitlicher Natur. Im Winter wird weniger Butter produziert.

Seit 23. Januar, dem Tag der Zollerhöhungen, sind aber bei sämtlichen Qualitätslängen die Preise im Durchschnitt um 16 Pf. je Pfund gestiegen, und morgen sowie übermorgen werden wir Preissteigerungen um durchschnittlich 20 Pf. je Pfund zu verzeichnen haben.

Es ist wahrlich nicht so, daß etwa der Großteil der arbeitenden deutschen Bevölkerung sich jetzt überhaupt noch viel Butter leisten könnte. Margarine und billigere andere Fette haben längst die Butter verdrängt. Besonders gilt das für die Haushaltungen, die teilweise oder ganz auf Unterstufen angewiesen sind. Aber daß bei so allgemeiner Not, wie wir sie jetzt in Deutschland haben, und angesichts des Versprechens der Reichsregierung, daß die Lebenshaltung der Lohn- und Gehaltsempfänger und der

Arbeitslosen entsprechend der Einkommensverlängerung verbilligt werden soll, eine Butterteuerung um 15 bis 20 Proz. innerhalb von vierzehn Tagen eintreten kann, das ist ein Skandal sondergleichen.

Dieser Skandal wird dadurch nicht geringer, daß Herr Schiele lehauptet, man müsse der Landwirtschaft und insbesondere den Bauern durch bessere Butterpreise helfen. Wir haben uns nicht gegen die Butterzollerhöhung gewehrt, weil wir den Landwirten bessere Einnahmen aus der Viehwirtschaft mißgönnen würden. Wir haben die Erhöhung der Butterzölle, besonders in dem unbilligen Ausmaß, in dem sie vorgenommen worden ist, deshalb bekämpft, weil die Gesamteinnahmen der Landwirtschaft aus den Butterverkäufen auch nicht entfernt in dem Maße steigen können wie die Preise steigen. Möglicherweise wird überhaupt auf die Dauer keine Erlösesteigerung bei den Bauern eintreten. Denn es ist ja selbstverständlich, daß bei einer solchen Erhöhung der Butterpreise der Butterverbrauch selbst gedrosselt wird, soweit man ihn nur noch drosseln kann und daß man immer stärker zum Verbrauch billiger Fette übergehen wird.

Auf die Dauer muß sich die Verteuerung der Butter, da das Einkommen bestenfalls dasselbe bleibt, an den Bauern selbst rächen. Das gilt erst recht, wenn die Arbeitslosigkeit weiter steigt wie bisher und das gesamte Einkommen des Volkes weiter zurückgeht.

Wir haben einen Preiskommissar, der nicht nur eine Verteuerung der Lebenshaltung zu verhindern, sondern ihre Verbilligung durchzuführen hat. Wir haben das Wort eines Reichsanwalters, das im Namen der Reichsregierung die Realkaufkraft des Lohnes garantiert hat. Was gedenkt der Preiskommissar zu tun, um eine Verteuerung der Lebenshaltung zu verhindern? Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um der gerechtfertigten Verbilligung der Verbraucher zu begegnen?

„Ise“ zahlt 8 Proz. Dividende.

Das ostbayerische Braunkohlenkapital spürt die Krise nicht.

Der „Ise“-Konzern in Senftenberg, der in dem Krisenjahr 1930 noch seine Konjunkturdividende von 10 Proz. ausrechterhalten konnte, wird auch für 1931 die hohe Dividende von 8 Proz. ausschütten.

Die „Ise“ A.-G. steht mit ihren hohen Gewinnen nicht allein. Fast alle größeren Braunkohlenunternehmen im ostbayerischen Revier, wie der Bubiag-Konzern, der vor einigen Monaten eine Dividende von 10 Proz. auszahlte, und die Betriebe der Petisch-Gruppe, arbeiten trotz der starken Abflachung und der Betriebs einschränkung noch mit Konjunkturgewinnen. Würde die hohe Rentabilität im Braunkohlenbergbau auch die Arbeiterschaft „reisenfest“ machen, so wäre eine solche Dose in der Krisenwüste nur zu begrüßen. Das Gegenteil aber ist der Fall. Im Braunkohlenbergbau haben nicht weniger Entlassungen stattgefunden als in anderen Industrien, und die Löhne für die Bergarbeiter, die im mitteldeutschen und ostbayerischen Revier sich 1930 noch auf durchschnittlich 7,43 Mark je Schicht stellten, werden nach der letzten Rotorordnung und nach den bereits vorausgegangenen Lohnkürzungen einen Tiefstand von etwa 5,80 Mark erreichen. So wurden die seit 1927 ständig gewachsenen Leistungen der Belegschaft belohnt!

Amerika-Gründung der J. G. Farben.

Massivierung auf dem Gebiet der Leichtmetalle.

Der J.G. Farbenkonzern und die Aluminium Co. of America gründeten dieser Tage gemeinsam eine amerikanische Gesellschaft namens J.G. Farben Magnesium Development Co., deren Zweck es ist, in den Vereinigten Staaten die deutschen Erfahrungen auf dem Gebiete der Magnesiummetallerzeugung für Produktionserhöhung auszunutzen.

Magnesium ist noch leichter als Aluminium, besitzt große Zähigkeit und kann leicht bearbeitet werden. Hauptsächlich wird aus Magnesium das sogenannte Elektronmetall hergestellt. Dieses Metall ist verschiedenlich zur Herstellung von Flugzeugteilen und ähnlichen Verwendungszwecken benutzt worden. Die deutsche Produktion an Magnesium, das von der J.G. Farben in Bitterfeld durch Schmelzelektrolyse gewonnen wird, kann für 1929 auf etwa 2000 Tonnen geschätzt werden, während die amerikanische Produktion im gleichen Jahre unter 700 Tonnen lag. Wie zur Aluminiumherstellung werden auch zur Magnesiumgewinnung verhältnismäßig sehr große Strommengen gebraucht, in Deutschland im Jahre 1929 etwa 400 Millionen Kilowattstunden.

Da bisher Elektronmetall nur für einige spezielle Zwecke Verwendung gefunden hat, kommt der neuen Gesellschaftsgründung metallwirtschaftlich für die Gegenwart keine übergroße Bedeutung zu. Immerhin ist es bemerkenswert, daß die J.G. Farben, die etwa ein Fünftel der deutschen Aluminiumerzeugung kontrolliert, durch den Vertrag mit dem Mellon-Konzern, der den gesamten amerikanischen Aluminiummarkt monopolartig beherrscht, ihre Stellung in der Leichtmetallwirtschaft erheblich verstärkt.

Massenumzüge bringen Tapetenkonjunktur. So ungünstig zur Zeit die Aussichten für eine Belebung in der Papierindustrie sind, erwarten doch gewisse Kreise dieser Industrie eine Sonderkonjunktur für das Tapetengewerbe. Die Verwaltung der Ammendorfer Papierfabrik in Halle teilt hierzu mit, daß die für den 1. April zu erwartenden Massenumzüge in den deutschen Großstädten ganz zweifellos den Tapetenumsatz fühlbar heben werden. Da bei den Händlern schon seit längerer Zeit größere Lager überhaupt nicht mehr gehalten werden, muß sich dieser erwartete Mehrabsatz unmittelbar auf den Beschäftigungsgrad der Fabriken auswirken.

Halbierter Abrechnungsverkehr

Wie die Kreditkrise den Abrechnungsverkehr der Reichsbank gedrosselt hat.

Die Statistische Abteilung der Reichsbank veröffentlicht jetzt Ziffern über die Entwicklung des Abrechnungsverkehrs im Jahre 1931. Der Abrechnungsverkehr der Reichsbank dient in erster Linie dem gegenseitigen Forderungsausgleich von etwa 700 Banken an allen Orten, an denen die Reichsbank Hauptstellen hat. Es ist ein bargeldloser Zahlungsverkehr, der neben dem Giroverkehr der Reichsbank einhergeht, der seinerseits wieder den etwa 40 000 Reichsbankkunden zum Zahlungsausgleich dient. Die seit dem 13. Juli in Erscheinung getretene deutsche Kreditkrise hat sich im Abrechnungsverkehr der Reichsbank außerordentlich stark ausgewirkt. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Geschäfte von 43,9 Millionen auf 39,6 Millionen zurückgegangen. Die Summe der abgerechneten Beträge hat sich aber von 119,3 Milliarden auf 85,8 Milliarden Mark verringert.

Vergleicht man nur das zweite Halbjahr, in dem sich die Kreditkrise voll auswirkt, so ist die Verminderung noch viel größer. Die Summe der abgerechneten Beträge betrug im zweiten Halbjahr 1931 nur 31,5 Milliarden gegen 39,9 Milliarden in der gleichen Zeit des Vorjahres, also nur etwas mehr als die Hälfte. Trotz der seit der Vorkriegszeit eingetretenen riesenhaften Steigerung des Abrechnungsverkehrs lag die Summe der abgerechneten Beträge im zweiten Halbjahr 1931 noch erheblich unter derjenigen des zweiten Halbjahres 1913 (36,8 Milliarden).

	Stückzahl Millionen	Beträge Milliarden Mark
1927	40,39	104,61
1928	44,85	121,00
1929	46,25	126,23
1930	43,91	119,34
1931	39,62	85,84

Der Vergleich mit den Vorjahren zeigt gegenüber 1929 für das ganze Jahr 1931 einen Rückgang um rund ein Drittel.

Weniger stark hat der Reichsbank-Giroverkehr gelitten. Aber auch hier ergibt sich (Einnahme und Ausgabe zusammengerechnet) ein Rückgang gegenüber 1930 von 704,6 auf 622,1 Milliarden Mark, nachdem im Jahre 1929 mit 750,7 Milliarden Mark die absolute Höchstziffer in der Entwicklung der Reichsbank erreicht war.

Die Not in Oberschlesien.

Nur für Generaldirektoren existiert sie nicht.

Die Krise in der ober-schlesischen Montanindustrie scheint für Generaldirektoren und Direktoren noch nicht zu bestehen. Wie uns aus Oberschlesien berichtet wird, wird gegenwärtig in Gleiwitz eine Villa erneuert und umgebaut. Der Spatz soll schätzungsweise 30 000 Mark kosten. Künftiger Besitzer dieser mit Aufwendung einer immerhin großen Summe umgebauten Villa ist ein Direktor vom Oberhüttenkonzern. Obwohl die Oberhütten geradezu in geldlichen Schwierigkeiten verfallen sind, also immer noch Mittel zur Befriedigung der Wohnungsansprüche der Herren Direktoren da. Dagegen wird bei den Arbeiterwohnungen natürlich gekloppt.

Die hohen Neubaumieten.

Der Reichsarbeitsminister schreibt an die Hypothekenbanken.

Der Reichsarbeitsminister hat im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsministerium die Spitzenverbände der Realcreditinstitute ersucht, bei der Bemessung der Tilgungssätze von sogenannten Tilgungshypotheken den Schuldner möglichst weit entgegenzukommen, da derartige Zugeländnisse im Hinblick auf die schwierige Lage des Neubaubestandes und im Interesse einer weiteren Senkung der Neubaumieten notwendig seien.

Der Reichsarbeitsminister bezeichnet es als erstrebenswertes Ziel, daß ein Tilgungssatz von 1/2 Proz. allgemein zur Regel wird und daß nur in den Fällen Tilgungssätze von mehr als 1/2 Proz. bis zu 1 Proz. aufrechterhalten werden, wo dies nach Lage des Einzelfalles unbedingt geboten ist.

In seinem Rundschreiben betont der Reichsarbeitsminister nochmals seine grundsätzliche Auffassung, daß für die Finanzierung des Wohnungsbauens das System der Tilgungshypotheken gegenüber den gewöhnlichen Kündigungshypotheken unbedingt den Vorzug verdient. Er wendet sich aber nachdrücklich dagegen, daß etwa Hypotheken, für die keine Tilgung vorgesehen war, jetzt nachträglich in Tilgungshypotheken umgewandelt werden, da hierdurch die Gefahr künftiger Mieterhöhungen gegeben sei.

Notstandsarbeiten und Arbeitsbeschaffung.

Die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.-G.

Die Finanznot der Länder, Provinzen und Gemeinden hat auch die Durchführung von Notstandsarbeiten immer mehr erschwert. Die Durchführung von Notstandsarbeiten wird seit einigen Jahren systematisch von der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.-G. gefördert, einer im Reichsbestitz befindlichen Gesellschaft, auf die die Darlehensforderungen des Reiches an öffentliche Stellen übertragen worden sind und die die einkaufenden Zinsen und Tilgungsbeträge dazu verwendet, öffentliche Notstandsarbeiten zu finanzieren.

Im Finanzierungsprogramm der Gesellschaft findet man die größten und wichtigsten Brücken, Damm-, Straßen-, Zalsperren- und Kanalbauten, die in den letzten Jahren in Deutschland durchgeführt worden sind; unter anderem auch neuerdings den Bau des Rügendammes und die Elektrifizierungsarbeiten der Reichsbahn in Württemberg. Die Gesellschaft erhält Zinsen und Tilgungsbeträge aus einer ihr vom Reich zur Verwaltung übertragenen Gesamtdarlehenssumme von rund 417 Millionen Mark, von denen auf öffentliche Stellen 269 Millionen, auf Schiffsbaudarlehen 33, auf Darlehen zur Förderung von Landarbeiterwohnungen 75 und andere Darlehen 22 Millionen entfallen. Die Gesellschaft hat seit ihrer Gründung den Ländern zur Finan-

zierung von Notstandsarbeiten 69,3 Millionen Mark zugewiesen. Die Arbeit der Gesellschaft hat sich deshalb besonders bewährt, weil die Zins- und Tilgungseingänge, seit die Verwaltung der Reichsdarlehen vom Reichshaushalt losgelöst ist, trotz der allgemeinen finanziellen Notlage der öffentlichen Stellen besser eingehen als früher.

Wir sind der Meinung, daß die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten auch unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsbeschaffung nicht nur eine sehr wichtige Funktion schon erfüllt, sondern auch zu noch stärkerer Wirksamkeit gebracht werden könnte. Die Gesellschaft erzielt jährliche Zins- und Tilgungseinnahmen von 40 bis 45 Millionen Mark. Man hätte früher schon einmal beabsichtigt, auf dieser Grundlage große langfristige Auslandsanleihen zur Arbeitsbeschaffung abzuschließen, was aber durch den Eintritt der Kreditkrise unmöglich geworden ist. Es wäre heute zu erwägen, ob nicht Inlandsanleihen auf dieser Grundlage zur Förderung der Arbeitsbeschaffung ausgegeben werden können. Jedenfalls haben wir in diesem Reichsunternehmen noch ein Aktivium, das sorgsam zu pflegen ist und das auch in den Plänen zur Arbeitsbeschaffung eine wichtige Rolle spielen kann.

JUNO 6 Stück 20 3

Hans Erman: Einbrecher

... irgend etwas hat gemacht im Hause! Ganz deutlich habe ich es gehört. — Horch! — da schürren Schritte unten durch das Schzimmer! — Schon wieder knackt es!

Soll ich aufstehen?
Wenn nur mein Kopf nicht so dumpf wäre. Diese verfluchte Bommel am Abend wie wieder Waldmeister!

Ein Kerl muß das ausplündert haben, und denkt...
Nein, nicht wieder einschlafen! Ich muß hinunter. Ich kann doch nicht ruhig bei mir einbrechen lassen. Was würde Ise sagen? —

Schon sehe ich ihr Gesicht; sehe, wie ihre Gestalt sich noch ein wenig höher aufrecht als sonst und mich mitleidig von oben herab anseht.

„Natürlich! Pistolenkugel auf drei Schritt Distanz — am Schreibtisch. Alles kannst du — am Schreibtisch! sogar mit einer Frau umgehen — am Schreibtisch! Ach Kurt! aber wenn du wirklich einmal zupacken sollst...“

„Gut, unser ganzes Silber, die Teppiche, die Bronzen! — Hundertmal habe ich Ise gesagt, daß besonders die Oberfenster sorgfältig geschlossen werden müssen. — Es gibt doch nun einmal keine Böden am Hause! Wir wohnen doch fast allein hier draußen! Frau! wie leicht kann da jemand einsteigen!“

Eben ging die Küchentür! Ich muß hinunter. — Ich bin doch nicht etwa ängstlich? — Ich weiß gar nicht, was los ist mit mir. Die Beine sind so zitterig! — Ach diese Bommel. —

Nein, ängstlich bin ich nicht. Nicht im geringsten. Nicht einmal Ise werde ich wecken. Selbst ist der Mann!

Außerdem habe ich gelesen, daß Einbrecher nie Menschen angreifen — Stets stehen sie „unter Zurücklassung ihrer Beute“.

Beile fleg ich aus dem Bett. — Zu dumm, daß der Brieföffner unten auf dem Schreibtisch im Arbeitszimmer liegt. Eine Waffe mitzunehmen wäre schon besser. Aber außer Iises Schäferstab vom letzten Wastentball, mit dem sie immer unter das Bett gestülpte Zeitungen, Briefe und Geldstücke heroorholt, ist nichts zu finden —

Einem drohenden Eindruck macht er nicht mit seiner rosafarbenen Schleiße — aber immerhin, ich habe etwas, woran ich mich anklammern kann; ich bin nicht mehrlos.

Vorsichtig stieg ich die Treppe hinunter. Natürlich knackt die unterste Stufe heute besonders laut. Gleich aber ist das Haus totentst. Nichts regt sich.

Meine Beine schoben mich vorwärts in das Dunkel des Ganges hinein. Nicht wollte ich nicht andrehen. Besser nicht; auch das hätte ich irgendwo mal gelesen. — Dabei legt man sich der Gefahr aus, erschollen zu werden. Nein, kein Licht. Besser nicht!

Vielleicht ist er auch schon weg, hoffe ich einen Augenblick, bevor ich um die Ecke nach dem Küchenflur diege. —

— Einen Augenblick legt mein Herz aus. — Durch die Verengung der Küchentür fiel Licht.

Also doch Einbrecher! — Schnell gebe ich mir ein paar Verhaltungsmaßregeln: ruhig bleiben! fest und sicher austreten! immer Rückendeckung behalten!

Und nun los!
Ich weiß nicht, warum ich mir Einbrecher immer groß und häutig vorgestellt habe. — Da vor mir, neben dem geöffneten Eisschrank sitzt ein altes, verärgertes Männlein. Um die mürben Knochen hängt ein vielleicht noch guter, aber viel, viel zu weiler Anzug. Auf dem Kopf stehen ein paar graue, müde Büschel struppiger Haare. Die Füße des Mannes stecken in gelben Socken. Seine Stiefel stehen auf dem Bord unter dem Küchenfenster.

Natürlich hat Ise das Oberfenster nicht geschlossen, sehe ich in der ersten Sekunde, während ich noch den Eindringling mustere.

Ein müdes und blaßes Gesicht schaut zu mir auf. In den Händen hat der Mann die Platte mit den gefüllten Tomaten. Nun legt er sie behutsam auf den Boden. Bangsam erhebt der Mann sich.

Vor mir steht ein Dieb! ein Verbrecher! — und während ich ihn verwundert und bereits ein wenig nachdenklich anschau, zieht sich sein göttiger Schnurrebart nach beiden Seiten auseinander zu einem verlegenen Grinsen.

„Herr!“ sage ich, denn angesichts einer so kümmerlichen Figur fühlte ich mich trotz Iisa Schatzkammer und rosa verzierten Schäferstücken sehr im Uebergemacht. „Herr!“ sage ich also, „was fällt Ihnen ein, hier ohne meine oder meiner Frau Erlaubnis zu Nacht zu speisen?“

Und gleich frage ich ihn, ob er außer den beiden großen Paketen, die wohl alle Wertgegenstände unseres Hauses enthalten, auch noch keine Taschen gefüllt habe?

Nein Einbrecher schüttelte nur den Kopf und schlug beteuernnd auf seine Taschen.

„Dann also raus! aber durch die Tür!“ befehle ich energisch und voller Würde.

Der Mann sucht nach seinen Schuhen. Mit zitternden Händen hand er sie zu. Wie ungeschickt er sich anstellt. Nicht einmal ordentliche Schnürsenkel besaß er. Ich überlegte, ob ich ihm nicht non meinen —

Er bückte sich nochmals, sah die Platte mit den gefüllten Tomaten, stellt sie ordentlich in den Eisschrank und schließt ab. —

Heute noch glaube ich, daß alles gut gegangen wäre, hätte ich nicht dabei den elenden, stumpfen Blick gesehen, mit dem der Mann die Platte in den Eisschrank stellte.

Gewiß bin ich ein Mann, der hart auftreten kann, der sich unnahezu durchsetzt, auch im härtesten Kampf. Auch im Kampf gegen Ise! Ich kann unerbittlich sein und herzlos —

Aber ich kann kein Leid sehen. Dann werde ich weich — selbst meiner Frau gegenüber. Ich kann kein Leid sehen. Wirklich nicht!

Was war schon dran an den Tomaten? Hätte sie jemand von uns noch angerührt, nachdem dieser Einbrecher sie in Händen gehabt? — Was es nicht eine Selbstverständlichkeit, daß ich dem Mann sagte: „Essen Sie sie ruhig auf, wenn Sie hungrig sind. Darauf kommt es jetzt nicht mehr an! Mann!“ —

Und was es nicht selbstverständlich, daß ich die Platte vor ihn auf den Tisch setzte, einen Stuhl hinschob und ihn nochmals zum Essen nötigte, als er mich aus seinen verfallenen Augen schier ratlos anstierte?

Schließlich kann ich doch einen Menschen nicht verhungern lassen! auch dann nicht, wenn er ursprünglich als mein Feind gekommen ist — Das wäre doch eine noch größere Sünde.

Und ich stellte ihm den kalten Braten hin vom Abend. Das Brot. Sogar ein großes Glas von der Ananasbowle. — Was ist schon dabei, wenn ich den Mann einmal ordentlich füttere? Ich kann ja morgen früh Ise sagen, daß ich in der Nacht noch einmal Hunger bekommen hätte.

Was heißt übrigens „Feind“? — Ist da nicht ein armer Kerl vor mir, den die Menschen geprügelt und verfolgt haben? Ist der Mann nicht höchstens vierzig Jahre alt oder gar noch jünger? Ist er nicht einfach zu stark verbraucht, zu stark gequält? Haben ihn die Menschen nicht vielleicht erst zu dem gemacht, was er hier ist?

Schreien in seiner eiskalten Wohnung hungernde Kinder? Jammer dort eine Mutter? —

Die Bommel scheint ihm gut zu tun. Des Mannes ganze Haltung wird straffer. Seine Raubbewegungen werden härter und schneller. — Ise wird sich über meinen Appetit wundern.

Aber immerhin, ich habe ein gutes Werk getan. Ordentlich hübsch wird das alte Stromegefläch. Auch die Stirn erscheint mir jetzt höher als vorher. — Nur das starre Grinsen der auseinandergezogenen Mundwinkel stört mich.

Natürlich, begant mein Gast zu erzählen, war er schon frühe Witwe geworden. Fürsorgeziehung und natürlich haben sie ihn da ganz salb angefaßt. — Sogar wollte er werden, berühmt und reich sein! — Man hat es ihm nicht erlaubt.

Prachtvoll war seine Stimme gewesen. Auch heute noch schmetterte er den Postillon von Konjumeau oder Baldestu, Baldestu!

Aber ich lehnte ab. Ise wegen. Es hätte sie jetzt bestimmt erschreckt —

Dann aber muß so verschiedenes in sein Leben gekommen sein; nirgendwo hätte sie einen Vorbestrafen gewollt. — Und er hatte doch einmal während der Fürsorge aus Hunger etwas Geld an sich genommen.

Gott, das wechselte dann so ab später. Zwischen Hunger und Sättigung, Arbeit und Bettel, Freiheit und Gefängnis. — Natürlich hatte er auch, ganz wie ichs dachte, Frau und Kinder. Bier

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

Keine Kinder. Und alle zwischen zwei und drei Jahren. Und die Frau liegt jetzt in der Klinik und erwartet das nächste. Segt muß das älteste die drei kleineren besorgen! —

Der Mann schluchzt. Auch ich bin ergriffen. Natürlich, ja etwas gibt es! Und so mußte das alles kommen. — Aber ich konnte dem armen Schlufer helfen. Ich konnte ihn und die armen Wärrer retten. Ein wahres Glück, daß der Mann bei mir und nicht nebenan bei dem müdigen Geheimrat eingebrochen ist!

Ich konnte helfen!
Morgen oder übermorgen sollte er sich bei mir melden. Für zwei oder auch drei Wochen wird sich im Hause und im Garten schon genug Arbeit finden. Dann würde ich weiter sehen.

Wie werde ich den demütigen und dankbaren Blick des Mannes vergeßen, als ich ihm den Rest des Bratens und für den allerersten Anfang noch ein Dreimarkstück in die Hand drückte. Nochmals klopfte ich ihm aufmunternd auf die Schulter und entließ ihn.

Während ich die Haustür sorgfältig abschloß, hörte ich langsam und zögernd, als ob er sich noch nicht losreißen könnte, den Mann durch unseren Vorgarten schlurren.

Rüde ging ich wieder zu Bett. Zeit und glücklich schiel ich in dem Bewußtsein meiner guten Tat. Wieder einmal konnte man helfen und ein bißchen Liebe und Vertrauen säen. Waren wir nicht alle Brüder?

Am nächsten Morgen wurde ich von Ise geweckt. Sie stand vor meinem Bett und schrie: Einbrecher hätten das ganze Silber, alle Bronzen ausgeräumt. Durch das Oberfenster in der Küche wären sie hereingekommen!

Ja, das Oberfenster nachher zu schließen, das hatte ich wohl vergessen.

Marx und seine Geschwister

Der nachstehende Brief von Marx' Schwester an ihren Bruder Karl wird, soweit ich feststellen konnte, hier zum erstenmal veröffentlicht. Marx' Schwester Sophie war mit dem holländischen Rechtsanwalt Robert Schmalhausen in Maastricht verheiratet. Der Brief ist im September 1846 an Karl Marx, der damals in Brüssel lebte, geschrieben worden.

Das Dokument bestätigt, was wir schon aus anderen Quellen, wenn auch kaum in dieser Unmittelbarkeit, wissen, daß Marx ein Mensch war, der trotz großer innerer menschlicher Wärme sich nach außen hin kühl abhielt. Der Brief berichtet von einem Besuch von Marx' Mutter in Maastricht in Begleitung seiner jüngeren, offenbar schwer kranken Schwester Caroline.

Alle anderen biographischen Beziehungen bedürfen wohl keiner weiteren Erklärung.

J. P. Mayer.

Lieber Karl!

Du wirst erstaunt sein, noch keinen Brief von Carolinchen und statt dessen einen von mir zu empfangen; schon früher hättest du diesen empfangen, wenn nicht Bäche und andere häusliche Beschäftigungen nach Mütterchens Abreise mich abgehalten hätten.

Dein Brief kam einige Stunden nach Mütterchens Abreise an, glücklicherweise, denn Carolinchen wäre so gern mit ihr noch Sommer und wartete täglich auf Besuche. Doch das arme Kind fühlte sich so schwach, daß der Doktor es stark abriet, und wirklich wären Deine Pläne, lieber Karl, unausführbar gewesen; das liebe Mädchen fühlte sich ungeachtet der größten Ruhe und Schonung so unendlich müde, daß das Mühsamste war, sie ruhig zu Hause zu lassen.

Ach, so gern hätte ich sie hier gehalten und den lieben Engel verpflegt, doch Mütterchen wollte ungeachtet ihrer Pitten nicht; auch ist's besser so, doch wäre sie beständiger geworden und hätte Mütterchen gemocht, hätte das arme Kind sich doch wohl unglücklich gefühlt.

Von Deinem äußerst liebevollen Benehmen gegen sie vermochte sie mir nicht genug zu sagen, und mit dem größten Vergnügen sprach sie von Deinen Aufsichtsführern; Dein Brief hätte ihr gewiß vielen Kummer gemacht, da Mütterchen durchaus nicht riskieren durfte, sie von sich zu lassen; mein Brief bezweckt daher einerseits, Dich zu bitten, Carolinchen zu schreiben, daß Du verbindlich worden seiest, Deine Pläne auszuführen, und sie auf spätere Zeiten zu verschieben; daß ich Deinen Brief erbrach, wirst Du leicht verzeihen, lieber Karl, da ich nur 2 1/2 Tage dabei vor Augen hatte und Neugierde mich durchaus nicht dazu antrieb.

Wie geht's Deiner lieben Frau; die arme Jenny wird bei der Krankheit ihrer Kinder viel ausgestanden haben, denn es ist nichts trauriger, als so zarte, hilflose Geschöpfchen traurig und leidend zu sehen; sehr, sehr neugierig bin ich, Deine lieben Kinder einmal

zu sehen, das geistige, stoffführende Jemochchen und das schöne strahlende Baurachen, mir scheint, Ihr seid recht ungenügsam und müßt alles ganz extra haben; küsse mir die lieben kleinen Wesen von ihrer ihnen ganz 1 1/2 er den Tante; denn so lieb und gut Du eine Schwester behandelst hast, scheint Dir alles übrige entfremdet, und mir scheint, lieber Karl, daß Du die Innigkeit der Verwandtschaftsbande (und noch gar so naher) wegzurationalisieren suchst; jedenfalls bin ich überzeugt, daß Du Dir in diesem Punkte nicht konsequent bleibst und Deinen Kindern andere Prinzipien einprägen wirst. — Verzeihe mir, mein Bruder, daß Deine ältere Schwester Dir noch, ganz ungerufen zwar, eine Bemerkung macht.

Jenny gratuliert Mütterchen in ihrem Briefe an S. zu ihrem Geburtstag und schrieb einige herzliche Worte; Du, der eigene Sohn, für den R. gewiß mehr tat, als sie mußte, die arme Schmerzens-Mutter, kann man wohl sagen, die ihr liebste Kind, den besten Engel trotz aller Sorgen und Mühe hinterher sieht, die hattest (Du) in Deinem Briefe nicht nur nicht beglückwünscht, sondern ganz ignoriert, schon deshalb war ich froh, daß der Brief zu spät ankam; G. konnte Deine Herzergüte, Dein zartes Gefühl nicht genug loben und meint, daß Du einen jenseitigen Jähzorn besitzt, wie wenige Männer; doch dies bei Deinen übrigen Eigenschaften selten und vorzüglich ist, ist gewiß; nur wünschte ich, daß Du Dein Herz nicht dermaßen verleugnestest und die gute Mutter und Deine drei übrigen Geschwister ganz ignoriert; wie ist's auch möglich nach all den traurigen Unglücksfällen, die wir hatten und die uns noch bevorstehen, Heberwinde Dein herrliches Herz, lieber Karl, und glaube, alle Philosophie kann die Erfahrung nicht wegrationalisieren, daß das Verhältnis schlechter oder guter Kinder zu ihren Eltern oft hier schon verpölet wird. Beweise mir, lieber Karl, daß meine wohlgemeinte Aufrichtigkeit Dich nicht beleidigt hat, und komme uns recht schnell besuchen; sollte Deine lebenswürdige Jenny abkommen können, würde sie mir auch viel Vergnügen machen. Sehr erfreuen würdest Du mich, wenn durch einige Zeilen Du mir die Ankunft dieses Briefes mitteilen würdest, damit ich weiß, daß Ihr Carolinchen schon nach Empfang dieser Zeilen geschrieben habt, da das liebe Mädchen sonst zwar stillschweigend beleidigend finden würde. Zugleich, lieber Karl, melde mir, ob und wann Du gehst, uns hier zu besuchen. Was die Erziehung, die Anstalten, kurz die ganze Richtung von Dir und Robert verschieden sein, mir dünkt, ein paar edler, guter Menschen, die noch durch Verwandtschaftsbande allert sind, könnten sich darum doch recht gut sein. Grüße mir Jenny recht herzlich, küsse die süßen kleinen Engelchen und halte (doch das ist kein richtiger Ausdruck mehr), sondern suche lieb zu gewinnen

Deine Sophie.

Edgar Wallace gestorben

Edgar Wallace, der bekannte englische Romanschreiber, ist gestern in Hollywood an einer Lungenentzündung gestorben.

Conan Doy's, der die Gestalten des Geniemensdetektivs Sherlock Holmes und seines getreuen Begleiters Watson erfand, war der Kriminalromanschreiber der Vorkriegsgeneration. Sein Held mußte hart an der Grenze des Todes immer wieder aufleben, weil ein begeltes Bespupublikum immer neue Taten von ihm erwartete.

Obgleich man literarische Erfindungen noch nicht patentmäßig schützen lassen kann, erwarb Doyle durch seine Erfindung ein beträchtliches Vermögen. Er überlebte sich selbst und ergab sich dem Spiritismus. Als er starb, dachte die meisten von denen, die einst seine Befehle waren, er sei schon längst tot.

Nun kommt die Nachricht, daß Edgar Wallace, sein geistiger Erbe, im Alter von 56 Jahren gestorben ist. Sie wird mehr Interesse finden als die Todesanzeige von Conan Doy's; denn Wallace war vielen noch sehr lebendig. Er war der Kriminalromanschreiber der heute, ein Bankmann von Conan Doy's und wie dieser Produzent einer endlosen Romanerie, die in rasendem Tempo anwuchs. Mit Conan Doy's hat er auch das gemein, daß er viel mehr gelebt als die Bekürer seiner Bücher einstanden wird. Auch seine Romane hatten unter mancher Sammlung fluger und gelehrter Bücher einen vorstetsten Platz; mindestens einige von ihnen, übrigens mit viel mehr Berechtigung als irgendein Band von Conan Doy's. Wer in den Abenteuern von Wallaces Geniemensdetektivern, die die feilere Nachkriegsgeneration im englischen Kriminalroman an Stelle des immer etwas moralisierenden Detektivs zuließ, Entspannung von anstrengender geistiger Arbeit sucht, wird dabei manchmal in ein Reich geführt, aus dem mindestens in kleinen ironischen Reflexen die Welt draußer Bürger und stüllich einwandfreier Normalmenschen amüant hervorleuchtet. In diesen Büchern näherte Wallace sich den besten Romanen von E. C. Rieu und Frank Heller. Alle drei haben eine Anzahl geistreich komponierter und amüant und sehr viele durchschneidliche Kriminalromane hervorgebracht.

Beispielsweise lassen viele Romane heller und einladender gelten, brechen aber über Wallace den Stab. Das ist vielleicht durch die Ueberabwemmung mit Wallace-Uebersetzungen zu erklären, die der deutsche Buchmarkt in den letzten Jahren erfahren hat. Wie auf

den gelben englischen 9-Penny-Büchern steht auch gewöhnlich auf den deutschen Ausgaben: „Es ist unmöglich, von Wallace nicht gefesselt zu sein.“ Das kommt sicher auf die Einstellung des Lesers an, aber, wie gesagt, mindestens ebenso sehr darauf, welchen Roman er gerade in die Hand kriegt. „Literatur“ im höheren Sinne ist keiner. Aber geschickte amüant zu lesende Kompositionen sind der „Kinger“, „Double Dan“, „The Law of the Four Just men“ (Das Gesetz der vier Gerechten) und der „Riger“. Mit diesem letzten Buch ist Wallace vielleicht sein bestes typisches Buch gelungen. Er hat viele der darin geschilderten Abenteuer anknüpfend auf kriminalistischen Notizen aus Zeitungen aufgebaut, in knapper Formulierung, als er es bei dem Stoffverbrauch eines Serienromanschreibers sonst meist für geboten hielt. Diese kleinen, zuerst in einem Sondermagazin erschienenen Abenteuer um einen Mittelpunkt, den „Riger“, bringen manchmal recht witzig gezeichnete Gestalten; so den Schwindler, der unerhört billige Waren insehert und auch an Besteller versendet, um sie sicher zu machen und zur Einlösung noch größerer Beträge zu veranlassen, mit denen er dann verschwindet. Am hübschesten skizziert ist aber die Gestalt des bigotten Sittenapostels Randeman, der von seinen Dividenden lebt, Moral predigt und einer höchst unmoralischen Verleumdung auf den Heim geht. Vielleicht hätte Wallace, wenn er das Bestreben gehabt hätte, recht gut den englischen „Babbit“ prototypieren können. Doch er hat rechtzeitig erwidert, daß mit Kriminalromanen sicherer Geld zu verdienen ist als mit der Literatur.

Wann in Piccards Kugel. Professor Piccard erreichte auf seinem Flug in die Stratosphäre die Höhe von 15718 Meter. Er befand sich in einer von der Außenluft völlig abgeschlossenen Leichtmetallkugel. Unter diesen Umständen darf die Atemluft, wie in der „Zeitschrift für ärztliche Fortbildung“ ausgeführt wird, nicht mehr als 2 Prozent Kohlendioxid enthalten. Sonst tritt nämlich nach 3 bis 4 Stunden eine lebensgefährliche Anhäufung von Kohlendioxid ein. Piccard war aber 17 Stunden in der Luft. Diese Leistung konnte er nur dadurch bewerkstelligen, daß sich in der Kugel geeignete Sauerstoffgeräte befanden, die nicht nur den Sauerstoffbedarf der Gondelfassungen deckten, sondern auch durch geeignete Zusammenlegung der Atemluft die gefährliche Kohlendioxid- und den Wasserdampf entzogen.